Klassenkampf

Kommunistisches Organ

für den Bezirk Halle-Merseburg mit der Illustrierten Arbeiter-Zeitung „Der Rote Stern"

Der „Klassenkampf" erscheint jeden Werktag nachmittag, außer Sonn- und Feiertag. Bezugspreis: frei Haus monatlich 2,30 Mark; durch die Post bezogen 2,30 Mark, ohne Zustellungsgebühr. Verlag und Druck: Produktiv-Genossenschaft für den Bezirk Halle-Merseburg eGmbH., Halle, Lerchenfeldstraße 14. Herausgeber: Otto Kilian. Anzeigenpreis: 9 Goldpfennig f. d. Millimeter Höhe u. Spalte; 38 Goldpfennig f. Reklame im Textteil. Manuskripte zu richten nach Halle, Lerchenfeldstr. 14. Tel. 1045, 1017, 2251. Telegr.-Adr.: Klassenkampf Halle. Bankkonto: Commerz- u. Privat-Bank, Halle. Postscheckkonto: Leipzig 106848 Fritz Kreb, Halle.

Einzelpreis 15 Pf. | **Halle, Montag, den 20. April 1925** | **5. Jahrgang * Nr. 77**

Offener Bürgerkrieg in Bulgarien?

Offener Bürgerkrieg in Bulgarien

Wien, 20. April.

Während die Meldungen der bürgerlichen Telegraphen-Agenturen behaupten, daß in Bulgarien die Ruhe wiederhergestellt sei und alles seinen normalen Gang gehe, wird aus Wien gemeldet, daß starke Zusammenstöße zwischen Regierungstruppen und Aufständischen stattfänden. Vor allem im Warna-Distrikt. Die Stadt Karnova sei von den Aufständischen besetzt. In den Distrikten in der Nähe der jugoslawischen und griechischen Grenze fänden Kämpfe zwischen mazedonischen Aufständischen und Zankoff-Truppen statt. Aufständische Truppen marschierten auf die Stadt Starzagora. Die Zankoff-Regierung stehe vor der Demission und der König Boris bereitete sich zur Flucht vor. Sofia sei militärisch besetzt, bestimmte Stadtteile würden von Militär blockiert und durchsucht. Diese Maßnahmen hätten zu bewaffneten Zusammenstößen geführt. Telephongespräche dürfen nur mit amtlichen Personen geführt werden. Nach amtlichen Mitteilungen finden in Nordwest-Bulgarien beim Dorfe Waldschitol Gefechte zwischen den Regierungstruppen und Aufständischen statt. Aus Schumen wird ein Gefecht mit den Aufständischen gemeldet.

Der Terror der Zankoff-Regierung

Wien, 20. April.

Die Zankoff-Regierung setzt die Massenverhaftungen fort. Die Zahl der Verhafteten beträgt einige tausend. Unter den Verhafteten befinden sich u. a. Zankoff und Minikoff, die die Vorsitzenden des kommunistischen Zentralkomitees in Sofia sein sollen. Nach Regierungsmitteilungen befinden sich alle Führer der kommunistischen Bewegung in Haft.

Weitere Terrormaßnahmen der Zankoff-Regierung sollen in Aussicht genommen sein. Sie soll bereits die Ermächtigung von der Entente erhalten haben, die Armee mit weiteren 3000 Freiwilligen zu ergänzen. Um die Genehmigung zur Einberufung einer Truppenabteilung bis zu 10 000 Freiwilligen wird noch verhandelt.

Die Beisetzung der Toten

Wien, 20. April.

Die Regierung hat sich noch nicht getraut, genaue Anzahl und Namensliste der Toten des Kirchenattentats bekanntzugeben. Die Beisetzung der Toten hat in aller Stille begonnen. Die Regierung wagt nicht, feierliche Begräbnisse zu veranstalten.

Das Urteil der „Wiener Arbeiterzeitung" zum Bombenattentat in Sofia

Die blutbefleckte Regierung Zankoff bleibt trotzdem ihren Maximen treu. Einesteils versichert sie in der Monotonie ihrer Lügen immer wieder, daß „im ganzen Lande Ruhe herrsche", anderenteils mobilisiert sie das ganze Arsenal der Gewalt. Ganz Bulgarien ist unter Belagerungszustand gesetzt, die halbe Bevölkerung wird eingekerkert; der verbrecherische Regierungskurs, der es doch ist, der den Bürgerkrieg, in dem kein Pardon mehr gegeben, nur noch gemordet wird, entfesselt hat, wird brutal weitergesteuert. Und doch täte vor allem da die Ein- und Umkehr not! Von welcher Richtung das letzte Attentat ausgegangen ist, kann nicht gesagt werden; man hat aber den Eindruck, daß sich einfach alle, die vor dem Weißen Terror der Konterrevolution bedrückt und vergewaltigt werden, nun zusammengefunden haben und in einem schonungslosen blutigen Gemetzel die Entscheidung suchen. Wie furchtbar muß die Regierung Zankoff gehaust haben, daß sie diese blinde und unmenschliche Wut erntet! Das bulgarische Volk hat einstmals den Eindruck großer Besonnenheit gemacht; wie arg muß an ihm gesündigt worden sein, daß es nun so außer Rand und Band geraten ist!

Die Attentäter in Sofia im Dienst der jugoslawischen Regierung?

Wie die bürgerlichen Zeitungen in England melden, sei aus absolut zuverlässiger Quelle bekannt, **daß die Attentäter in Sofia im Dienste der jugoslawischen Regierungspartei** stehen. Durch dieses Attentat wollte die jugoslawische Regierung die bulgarische Regierung zu **einem noch festeren Bündnis gegen Sowjet-Rußland veranlassen.**

Die Zündschnur von Berlin bis zur Sofioter Kathedrale

Polizeijagd auf bulgarische Studenten in Berlin

Berlin, 18. April.

Am Sonnabend nachmittag erschienen 25 bis 30 Kriminalbeamte der Berliner IA in einem Restaurant in Charlottenburg in der Schillerstraße, in dem ausländische Studenten der Technischen Hochschule und der Universität zu speisen und ihre geselligen Zusammenkünfte abzuhalten pflegen. Die Kriminalbeamten drangen in eine Versammlung bulgarischer Studenten ein, anscheinend, um die Attentäter von Sofia festzunehmen. Alle Anwesenden, die sich nicht zehnfach legitimieren konnten, wurden in zwei bereitstehenden Lastautos zum Polizeipräsidium abgeführt.

Die deutsche Polizei scheint es verflucht eilig zu haben, ihre Sympathien für die Mörderregierung Zankoffs zu demonstrieren. Wie im Falle des Attentats in Aegypten die in Berlin lebenden Aegypter belästigt worden sind, um damit dem englischen Imperialismus den Hof zu machen, so beeilen sich die deutschen Regierungsbehörden jetzt wieder zur Bekundung ihrer Solidarität mit der bulgarischen Henkerbande, hier weilende unschuldige bulgarische Studenten zu belästigen. Wir erheben gegen diese Art widerwärtiger Bütteldienste den allerschärfsten Protest.

*

Ueber das Sofioter Bombenattentat herrscht noch vollkommene Ungewißheit. Ist das Attentat bestellt gewesen, hat, wie englische Zeitungen berichten, die jugoslawische Regierung die Hände im Spiel gehabt, oder ist es der Ausdruck der Empörung eines Volkes, das niedergedrückt und gefoltert wurde wie kein anderes? Das jedenfalls ist klar: Die Zankoff-Regierung wird, wenn sie sich am Ruder zu halten vermag, alles tun, um den Terror erneut gegen alle oppositionellen Elemente in unerhörtem Maße zu steigern. Man wird diese Ereignisse benutzen, um die Balkanfront gegen Sowjet-Rußland zu festigen, um von dort aus den Stoß gegen Rußland zu unternehmen. Die Meldungen über Aufstandsbewegungen in Bulgarien müssen erst noch abgewartet werden. Die Lage ist so unklar, daß man heute noch kein genaues Bild gewinnen kann. Aber eins steht fest: das, was sich in Bulgarien abspielt, ist der Verzweiflungskampf eines bis zum Tode gemarterten Volkes. Selbst der königliche Minister von Belgien, der Sozialdemokrat **Vandervelde, hat vor kurzem mitgeteilt, daß das Mordregiment in Bulgarien alle vorstellbaren Maße übersteige. Vandervelde hat in diesem Zusammenhang von 18 000 ermordeten Revolutionären gesprochen.** Kaum eine Familie ist in Bulgarien von dem Terror verschont worden, soweit es sich um Arbeiter und Bauern handelt. Wenn man bedenkt, daß Bulgarien seit 1912 im Kriege gestanden hat (Balkankriege), dazu am Weltkrieg teilgenommen hat und auch nach 1918 wieder in Streitigkeiten mit Griechenland verwickelt war, dann erst kann man ermessen, welchen Opfermut und welche heldenhafte Größe die bulgarischen Arbeiter und Bauern beseelen muß, trotz aller Blutopfer der Kriege und des Bürgerkrieges nicht in die politische Gleichgültigkeit zurückzufallen, sondern den Kampf gegen die Reaktion aufzunehmen.

Das Ende des „Tschela"-Prozesses

Die Plaidoyers der Verteidiger sind beendet. Damit ist der Prozeß im Wesentlichen zu Ende. Das Urteil des Staatsgerichtshof wird am Mittwoch gefällt werden.

Einbruch in das Münchener Wahlbureau der KPD.

Die Täter Sozialdemokraten?

Als heute morgen der Genosse Sellmayr die Lokalitäten unseres Wahlbureaus betrat, traf er dort eine ungeheuerliche Verwüstung an. Eine Kiste mit Wahlmaterial war erbrochen und eines großen Teiles ihres Inhalts beraubt. Eine auf dem Boden der Kiste liegende Liste über die in den nächsten Tagen stattfindenden kommunistischen Wahlversammlungen ist verschwunden. Das aufgestapelte Material (Flugblätter, Flugschriften, Broschüren usw., welches in Bündeln zusammengeschnürt war, war vollständig auseinandergerissen und lag verstreut umher. Ein größerer Teil des Materials wird vermißt. Eine Untersuchung der Lokalitäten ergab, daß die Einbrecher einen größeren Posten des Materials auf den Abort geschafft hatten, um es dort zu vernichten. Die Aborteinrichtung war vollkommen verstopft und das Becken bis oben angefüllt.

*

In dem Lokal tagten gestern abend die Funktionäre des Deutschen Eisenbahnerverbandes. Es ist einwandfrei festgestellt worden, daß, nachdem die Eisenbahner das Lokal verlassen haben, durch keinen anderen Menschen die Möglichkeit bestanden hat, die Räumlichkeiten zu betreten. Genaue Erkundigungen über Einbruchsmöglichkeiten während der Nacht haben ergeben, daß diese nicht vorhanden sind, da entsprechende Sicherungen durch den Lokalinhaber getroffen sind. Das alles läßt den Schluß zu, daß sich fanatische sozialdemokratische Funktionäre in vandalischer Weise nach italienischer Faszistenart in dem Wahllokal unserer Partei betätigt haben.

Das Urteil über eine solche Handlungsweise überlassen wir den Münchener Arbeitern und Arbeiterinnen.

Die Diktatur der SPD.-Bonzen

Die SAJ. Hannover verzichtet auf die Wahlarbeit für Marx

(Eig. Drahtm.) Hannover, 20. April.

Die Funktionäre der SAJ. Hannover haben sich geweigert, für Marx irgendwelche Wahlarbeit zu leisten. Der Parteivorstand der SPD. Hannover, eine bewährte Leinert-Garde, hat daraufhin über die Funktionäre der SAJ. Redeverbot erlassen und Auflösung der SAJ.-Ortsgruppe angedroht.

Hindenburg und seine Liebhaber

Mitten im Wahlkampf wird den Arbeitern von den Unternehmern eingebläut, wie eigentlich die Fronten stehen. Ueberall im Reich sehen wir brutale Ablehnung auch der bescheidensten Arbeiterforderungen; anstatt Wiederherstellung des Achtstundentags wollen die Unternehmer Verlängerung der Arbeitszeit und Verschärfung der Antreibemethoden. Die Gegensätze führen daher in immer größerem Maße zu erbitterten offenen Kämpfen. In ganz Nordwestdeutschland und Pommern sind die Bauarbeiter ausgesperrt, in Kiel streiken die Hafenarbeiter, im westlichen Industriegebiet sind durch Zechenstillegungen bereits 8000 bis 10 000 Bergarbeiter entlassen worden, in Bielefeld dauert der Metallarbeiterstreik in höchster Erbitterung noch an, während schon in Schlesien wieder 15 000 Metallarbeiter ausgesperrt werden. In Berlin kämpfen die Kupferschmiede seit vier Wochen um ein paar Pfennige Lohnerhöhung, die Berliner Metallindustriellen haben 8000 Arbeiter bereits auf die Straße geworfen und der gesamten Metallarbeiterschaft derartige Verschlechterungen aufzuzwingen versucht, daß nur der Weg des geschlossenen Kampfes übrig bleibt, um diese unerhörten Verschlechterungen abzuwehren.

Gegen wen müssen sich die Arbeiter unter Einsatz ihrer ganzen Existenz und unter Auferlegung schwerer Opfer, unter dem Hunger der Kämpfer und ihrer Frauen und Kinder verteidigen? Sind es allein die Hintermänner der Hindenburg-Kandidatur? Halten die Hintermänner des sogenannten „Volksblocks" etwa in diesem Kampf zu den Arbeitern? Tatsachen reden. Dieselben Unternehmer, die als Antwort auf die Lohnforderungen der Kupferschmiede 8000 Berliner Metallarbeiter auf die Straße geworfen und dem Hunger überliefert haben, bankettieren mit dem Kandidaten des Volksblocks, Marx, so der Loewe-Direktor Dr. Oliven und der Direktor Schaller von der Pintsch-A.-G. Wer von der Ausgesperrten, wer von denen, die jetzt gegen den niederträchtigen Schiedsspruch gestimmt haben, hat Lust, für den Kandidaten dieser SPD.-Scharfmacher zu stimmen? Wer hat Lust, für den Kandidaten des Zentrumsunternehmers Klöckner zu stimmen, der ebenfalls mit Marx am selben Tag bankettierte, an dem es ihm gelungen war, von den Klassenrichtern dieser Republik ein Urteil zu erlangen, das eine Streikleitung zu einer unerschwinglichen Geldstrafe verurteilte, ein Urteil, das das Koalitions- und Streikrecht glatt verneint? Die Arbeiterschaft kann so wenig, wie sie für die Stinnes, Hugenberg und Konsorten, die Hintermänner Hindenburgs, stimmen kann, ebensowenig für jene stimmen, die mit dem famosen Volksblock-Kandidaten Marx bankettieren. Die Arbeiter stehen heute schon im schwersten außerparlamentarischen Kampf gegen beide bürgerlichen Lager und begreifen schon aus den Wirtschaftskämpfen heraus, wie lebensnotwendig es ist, diesen beiden Kapitalsblocks die rote Front entgegenzustellen. Sie kommen zu demselben Schluß, wie die Jungsozialisten und Freidenker. Die Reichsleitung der proletarischen Freidenker erklärt in ihrem Rundschreiben an alle Unterorganisationen mit vollem Recht, daß die Verantwortung für eine etwaige Wahl Hindenburgs auf diejenigen fällt, die es verschuldet haben, daß sie heute dem deutschen Volk nur die Wahl zwischen zwei ausgesprochenen Reaktionären und Monarchisten lassen, zwischen einem Hindenburg und einem Marx. Unter der Präsidentschaft eines jeden der beiden hat in der Tat die Arbeiterschaft nichts anderes zu erwarten, als den schärfsten reaktionären Kurs, den die Hintermänner des Hindenburg, die Tirpitze, vielleicht etwas plumper durchführen werden, als der Ruhrgelder-Marx, der mit seinen schlaueren jesuitischen Methoden sogar der gefährlichere Feind werden könnte. Und vor allem, eines ist heute schon klar: Wie heute schon im Verband der Berliner Metallindustriellen Vertreter des „Reichsblocks" und „Volksblocks" gemeinsam gegen die Arbeiter kämpfen, so werden sich nach dem 26. April diese beiden Blöcke als ein einziger Block der Arbeiterfeinde erweisen. Führen doch die beiden „feindlichen" Brüder den Wahlkampf so, daß sie sich nach erfolgter Wahl sofort in die Arme fallen können. Marx sprach in Königsberg von „unserem Hindenburg". In seinem Wahlaufruf vermied er ebenso sorgfältig das Wort „Republik", wie er es vermied bei seiner Rede im Berliner Sportpalast. Dieser Jesuit hütet sich doch, sich auf die Republik festzulegen, um so mehr bekannte er sich zur „Volksgemeinschaft", zum „Burgfrieden". „Wer Hindenburg liebt, wählt Marx", das ist doch das tausendfach wiederholte Wahlschlagwort des „Volksblocks". Und klar und deutlich sprach es Marx im Sportpalast aus, daß er dieselbe „Volksgemeinschaft" erstrebe, wie sie während des Krieges unter Hindenburg und Wilhelm II. bestand, die „Volksgemeinschaft", wo die Proletarier hungern, schuften und bluten mußten, während die Besitzenden prasten, hurten und aus dem Blut und Schweiß der Arbeiter Riesengewinne schöpften. Mit öliger Salbung predigte Marx gegen den „Berufsegoismus" der Arbeiter, die im Interesse der Durchführung des Dawes-Programms sich mit den elenden Hungerlöhnen zu bescheiden hätten. Hindenburg will die brutalsten Henkermethoden gegen die Arbeiterschaft, Marx will dieselben Henkermethoden mit dem Kruzifix in der Hand. Diese beiden einigen sich leicht.

Die sozialdemokratische Führerschaft ist entschlossen, dieser „Volksgemeinschaft" ihre Dienste zu leihen. Hermann Müller erklärte im Sportpalast: „Die deutschen Arbeiter lassen sich im Patriotismus von niemand übertreffen, sie sind national bis auf die Knochen." Das sind dieselben Phrasen, mit denen im Kriege die sozialdemokratischen Führer die Monarchie stützten und die Arbeiter als Kanonenfutter an Hindenburg auslieferten. Auch die SPD.-

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019250420-12/fragment/page=0001

Führerschaft erstrebt die „Volksgemeinschaft", wie sie im Weltkriege bestand, wie schon vor den Dezemberwahlen Max Cohen ausgeplaudert hatte. Damals wurde Cohen als nicht maßgebend bezeichnet, heute stimmt die SPD.-Führerschaft ein in den Ruf: „Wer Hindenburg liebt, wählt Marx!" oder, wie sich die sozialdemokratische Frankfurter „Volksstimme" am 17. April ausdrückte: „Weder Hindenburg, noch sonstige Personen hassen wir!"

Aber die Arbeiter hassen Hindenburg, den militärischen Massenschlächter; sie hassen seine Hintermännner, sie hassen all die kapitalistischen Blutsauger, die jetzt Reichs- und Volksblock spielen. Wenn die Arbeiter den Namen Hindenburg hören, erwachen in ihnen alle Schrecken des Krieges; manche glauben noch, Marx wählen zu müssen, weil sie meinen, damit könnten sie den Unterdrückungen einer neuen „Burgfriedens"-Zeit entgehen. Aber sie mögen sich daran erinnern, daß der Hindenburg und sein verrückter Hohenzollernkaiser nur darum vier Jahre lang die deutsche Arbeiterschaft durch ein Meer von Blut und Elend peitschen konnten, weil dieser Wilhelm II. und seine Hindenburge von den Zentrumsführern, von den „Demokraten" und von den sozialdemokratischen Führern bis zum letzten Augenblick gestützt wurden. Die rote Arbeiterschaft hat gegen den Willen der sozialdemokratischen Führer die Monarchie gestürzt, ein Hindenburg und seine Clique haben mit dem Moment ausgespielt, ist mit dem Moment keine Gefahr mehr, wo eine starke rote Front gegen die monarchistische Bande kampfentschlossen vorgeht. Nicht die Wahl von Marx, nicht der „Burgfrieden" kann diese Gefahr bannen, sondern nur ein machtvolles selbständiges Auftreten der proletarischen Klasse.

Die Kandidatur Hindenburg ist der Arbeiterschaft ein Sturmzeichen für die Größe der Gefahr, ein Zeichen, das sie aufrüttelt. Immer größere Massen erkennen, welches der einzige Weg der Abwehr ist. Der Appell der Arbeiter der „Deutschen Werft" in Finkenwärder enthält die Mahnung an die gesamte deutsche Arbeiterschaft, die Gefahr zu sehen und sofort und über den 26. April hinaus die einige, geschlossene Gegenwehr zu organisieren. Alle klassenbewußten Arbeiter müssen zusammenstehen und die Machtpositionen niederkämpfen, die die Monarchisten in dieser Republik schon innehaben. Darum fordern die Arbeiter der Deutschen Werft auf zum Kampf für folgende Forderungen:

Entlassung der monarchistischen Offiziere der Reichswehr und Polizei, der monarchistischen Bureaukraten und Richter.

Aufhebung der Kasernierung und Militarisierung der Polizei.

Auflösung des Staatsgerichtshofes, der ein Blutrihunal gegen die Arbeiter ist.

Restlose Amnestie für die proletarischen Opfer der Klassenjustiz.

Restlose Konfiskation der dynastischen Vermögen und Ausweisung der Mitglieder der ehemaligen Dynastien.

Sturz der monarchistischen Luther-Regierung.

Gilt es angesichts der Kandidatur Hindenburgs, ein Wort zu verlieren über die Dringlichkeit der Erfüllung dieser Forderungen? Es sind Forderungen, die jeder Arbeiter unterschreiben kann, für die jeder Arbeiter kämpfen muß, der die monarchistische Gefahr beseitigen will. Aber nur die rote Arbeiterschaft, nicht das Zentrum, nicht die „Demokraten", nicht die sozialdemokratischen Burgfriedenspolitiker werden mitkämpfen. Der 26. April soll durch Massenabstimmung für den roten Kandidaten zu einem Tag der Festigung der roten Front werden, er soll dazu beitragen, daß durch die Massenaktion des Proletariats die Hindenburge und ihre Liebhaber niedergerungen werden können.

Hindenburg als „treuer Diener der Republik"

(TU.) **Hannover**, 20. April.

Der Berliner Vertreter des Reuter-Bureaus hatte eine Unterredung mit Generalfeldmarschall von Hindenburg. Wie die Telunion erfährt, hat das Interview folgenden Inhalt:

Frage: Wird Eure Exzellenz bereit sein, den vorgeschriebenen Eid zu leisten, worin es heißt, daß der Präsident die Verfassung und die Gesetze des Reiches zu wahren, seine Pflicht gewissenhaft zu erfüllen und Gerechtigkeit gegen jedermann üben werde?

Antwort: **Natürlich bin ich bereit, diesen Eid zu leisten, denn sonst hätte ich mich nicht bereit erklärt, mich als Kandidaten aufstellen zu lassen.**

Frage: Würde Eure Exzellenz es vorziehen, den früheren Kaiser wieder auf dem Thron zu sehen, als selbst Präsident der Republik zu werden?

Antwort: **Die Frage „Republik oder Monarchie" steht in der deutschen Politik gegenwärtig nirgends zur offiziellen Erörterung.**

Frage: Wird Eure Exzellenz alles, was in seiner Macht steht, tun, daß die militärischen Klauseln des Versailler Vertrages erfüllt werden?

Antwort: **Der Versailler Vertrag ist so lange für uns bindend, bis er durch neue Abmachungen zwischen den Vertragsmächten geändert wird. Zur Vertragserfüllung gehören auch die militärischen Bestimmungen.**

Frage: Wird die Politik Eurer Exzellenz den früheren Feinden Deutschlands gegenüber eine der Verständigung und der Völkerversöhnung gewidmet sein?

Antwort: Ich habe schon in meiner Osterbotschaft an das deutsche Volk gesagt, daß ich dem inneren und dem äußeren Frieden dienen will.

Frage: Ist es die Ansicht Eurer Exzellenz, daß Deutschland den Zeitpunkt erwartet, um sich in kriegerische Abenteuer zu stürzen?

Antwort: **Ich bin nicht dieser Ansicht und habe mich in den ganzen Nachkriegszeiten gegen kriegerische Abenteuer gewendet, weil ihr Verlauf für Deutschland sehr unglücklich sein könnte.**

Marx

wird der deutschen Arbeiterklasse von der SPD. als das „kleinere Uebel" angepriesen, weil er, wenn auch nicht Sozialist, so doch gegenüber dem Vertreter der Monarchie Hindenburg der Demokrat und Republikaner wäre. Doch Marx hat zu diese Republik wenig Vertrauen und will auch nicht für sie kämpfen. Er

vermeidet bewußt das Wort Republik

in allen seinen Reden und Aufrufen. Auch in seiner langen Rede im „Sportpalast", die vorher schriftlich den schwarzrotgoldenen Redaktionen zuging, kommt weder das Wort „Republik" noch „republikanisch" vor. Arbeiter!

Warum

wohl geht Marx dem Wörtchen so beharrlich aus dem Wege? Weil der schlaue Pfaffe sich nicht festlegen will und schon jetzt mit der Monarchie rechnet.

Weil er morgen glühender Monarchist sein wird,

wenn ihm das nützlich erscheint.

„Wer Hindenburg liebt, wählt Marx"

Wer Hindenburg haßt, wählt Thälmann

Am Freitag hatten die Reichsbannerparteien ihren großen Marx-Rummel im Berliner „Sportpalast". Von der SPD. sprach **Hermann Müller**, von den Demokraten **der „linke" Erkelenz**. Die beiden letztgenannten Redner sprachen zuerst. Noch bevor begonnen wurde, verkauften fleißige Zeitungshändler im Saal das **„Berliner Tageblatt"** mit der großen Ueberschrift: „Marx' Rede im Sportpalast" und die „Vossische Zeitung" mit der Ueberschrift: „Marx an die Berliner". Marx begann: „Wenn ich den prächtigen schwarzrotgoldenen Flaggenschmuck sehe, da . . ." und merkwürdig: **Von allen seinen Gefühlen berichteten die etwas voreiligen Zeitungen, noch bevor Marx sie beim besten Willen haben konnte.** Der gefühlsvolle, wahrheitsliebende Marx hatte den Zeitungen seine Rede eingeschickt, noch ehe er zur Kundgebung ging. Ein herrlicher Beweis für die Echtheit der Gefühle dieses Frömmlers. Selbst die eingefleischtesten Schwarzrotgoldenen konnten sich eines verlegenen Lächeln über diesen **Regie-Fehler** nicht erwehren. Der „Vossischen Zeitung" war leider das Malheur passiert, daß sie die Rede mit einem **großartigen Stimmungsbild** (frei erfunden in der Redaktion) veröffentlichte. Die „ehrliche Voß" schreibt:

„Nachdem der ungeheure Beifallssturm, der auf die Rede folgte, sich gelegt hatte, sprach als Vertreter der Sozialdemokratischen Partei Reichstagsabgeordneter Hermann Müller, dem als Vertreter der Demokratischen Partei Reichstagsabgeordneter Erkelenz folgte."

Welches Pech! In Wirklichkeit **hatten Müller und Erkelenz vor Marx gesprochen.** Das kommt davon, wenn man schon die Berichte über die Beifallsstürme in die Welt kabelt, bevor noch die Kundgebungen beginnen. Von den Reden waren besonders diejenigen des Abgeordneten Erkelenz und Marx für die Arbeiter wichtig. Erkelenz sprach sich in die Ekstase hinein und steigerte sich zu dem Satz: **„Wer Hindenburg liebt, wählt Marx".** Es ist bezeichnend, daß der „Vorwärts" wie die anderen sozialdemokratischen Blätter diese Lobeshymne auf Hindenburg ihren Lesern vollkommen verschweigen. Marx selbst wurde bei Beginn seiner Rede zwar mit Beifall empfangen, aber die Stimmung wurde zusehends gedrückter, als Marx mit einer Lobeshymne **auf Bismarck** begann. Ein so schamloses Bekenntnis zur Reaktion hatten nur wenige von dem republikanischen Kandidaten erwartet. **Der Ermächtigungskanzler hatte die Stirn, die Rede mit einer tiefen Verbeugung vor dem Geist Bismarcks (nicht etwa Eberts) zu eröffnen.** Schon Bismarck (der Junker, der das Sozialistengesetz geschaffen) habe **„demokratische Pflanzlein"** in Deutschland gepflegt **Das Bismarcksche Wahlrecht, so orakelte er, war der Beginn der Demokratisierung Deutschlands.** Wir glauben, daß manche Arbeiter, die bei der Kundgebung waren, von diesem „kleineren Uebel" die Nase vollbekommen haben. Sie werden erkannt haben:

Wenn Hindenburg die Pest ist, so ist Marx die Cholera. Wer Hindenburg liebt, mag Marx wählen. Wer Hindenburg haßt, wählt Thälmann!

Noch einmal: Jungsozialisten gegen Marx

Ein fauler Ableugnungsversuch der SPD.-Presse

Sozialdemokratische Zeitungen wollen die Richtigkeit unserer kurzen Notiz, wonach sich die Jungsozialisten auf ihrer Ostertagung in Jena gegen Marx ausgesprochen haben, ableugnen. Wir drucken daher das ab, was das **sozialdemokratische „Sächsische Volksblatt"** aus Zwickau am 15. April wörtlich geschrieben hat:

„Während der Osterfeiertage hielten die Jungsozialisten ihre Reichskonferenz in Jena ab. Diese Tagung bedeutet einen Wendepunkt in der Geschichte der jungen Sozialdemokraten. Die Willenskundgebung:

„Die jungsozialistische Reichskonferenz beschließt nach Anhören der Referate von den Genossen Heller-Leipzig und Max Adler-Wien: Die Jungsozialisten als politische Jugend lehnen die nationale Romantik in jeder Form entschieden ab.

Von der bloßen Betonung der republikanischen Staatsnotwendigkeiten mit den daraus entspringenden Konzessionen an das bürgerliche Denken befürchtet die Reichskonferenz eine Verwässerung des revolutionären proletarischen Klassenkampfes.

Die heutige Demokratie stützt sich nur auf die Gleichwertigkeit des Stimmzettels, läßt jedoch die ökonomische Ungleichheit der Menschen bestehen; sie verschleiert also nur die Klassengegensätze. Die Reichskonferenz ist sich daher darüber klar,

daß das sozialistische Proletariat dem bürgerlichen Klassenstaat gegenüber keine staatspolitische Verantwortung übernehmen darf,

wenn dies dem Interesse des nationalen Klassenkampfes widerspricht, wurde mit Zweidrittelmehrheit angenommen. Es ist eine Entscheidung der jungen Parteigenossen, der die alten bisher aus dem Wege gegangen sind."

Schon allein in dieser Resolution liegt eine scharfe Verurteilung der bisherigen sozialdemokratischen Koalitionspolitik, und schon wer dieser Resolution zugestimmt hat, hat natürlich logischerweise **die Unterstützung des Zentrumskanzlers Marx abgelehnt.**

Im übrigen lesen wir in der Jugendbeilage des „Vorwärts", die sich natürlich um die klare Wiedergabe der angenommenen Resolution herumdrückt und sonst auch den Beschluß gegen Marx zu verschleiern versucht, daß **die alte reformistische Redaktion** des Organs **der Jungsozialisten abgesetzt worden ist, und statt dessen der Vertreter der linken Richtung, Engelbert Graf, mit großer Mehrheit zum Redakteur gewählt worden ist.**

Kommunistische Wahldemonstration in Neukölln

(Eig. Drahtm.) **Neukölln**, 20. April.

An der von der Kommunistischen Partei gemeinsam mit dem Roten Frontkämpfer-Bund veranstalteten Wahldemonstration und Kundgebung auf dem Herzbergplatz beteiligten sich etwa 6000 Arbeiter und Arbeiterinnen.

Ueber Maifeier-Programme

Grundsätzliches und Hinweise

Die Maifeier ist eine proletarische Veranstaltung im Geiste des Kampfes der Arbeiterklasse für ihre Befreiung vom Joch der kapitalistischen Ausbeutung. Die Haupt-Maiforderung des Achtstundentages, in einer Zeit proklamiert, wo der Zehn- und Zwölfstundenarbeitstag noch galt, kommt den deutschen Arbeitern in ihrer revolutionären Bedeutung wohl erst jetzt zum vollen Bewußtsein, wo sie den 1918 ihr zugefallenen Achtstundentag durch Verrat und Uneinigkeit wieder verloren hat.

Was die SPD.- und Gewerkschaftsbureaukraten aus der Maifeier durch reformistische Politik vor dem Kriege und Arbeitsgemeinschaften in und nach dem Kriege gemacht haben, ist das Gegenteil von dem, was die große Idee des Pariser Beschlusses von 1889 ausdrückte. Die Arbeitsruhe war den Gewerkschaftsführern unangenehm, denn sie störte den von ihnen erstrebten Burgfrieden zwischen Kapital und Arbeit, sie löste Kämpfe aus, die den Herrschaften ein Greuel waren. Deshalb sabotierten sie längst vor dem Kriege die Forderung der Arbeitsruhe und bogen die ursprünglich ebenfalls auf Kampfbegeisterung eingestellt gewesenen Abendfeiern in idyllischen Frühlingsspiekbürger-Klimbim mit Bier und Tabaksdunst um. So verlor die ganze Maifeier ihren Inhalt.

Wir Kommunisten haben die Aufgabe, die von der SPD.- und Gewerkschaftsbureaukratie verschandelte Maifeier als Kampfveranstaltung des gesamten Proletariats wieder herzustellen. Wir haben die Pflicht, mit Eifer diese Arbeit zu beginnen schon in diesem Jahre. Denn alle die Forderungen, um die die Maifeier-Kämpfe einst entbrannten, sind jetzt für uns in höchstem Maße aktuell. **Achtstundentag und menschenwürdige Löhne sind die Forderungen des Tages.** Und wie groß die Gefahr der Wiederkehr der Herrschaft der imperialistisch-militaristisch-monarchistischen Mächte ist, zeigt die Präsidentschaftskandidatur Hindenburg.

Wie wir Kommunisten in Betrieb und Gewerkschaft alles aufbieten haben, um die Arbeitsruhe am 1. Mai durchzusetzen, müssen wir auch dafür Sorge tragen, daß die festlichen Nachmittags- und Abendveranstaltungen aus dem sozialdemokratischen Sumpf bürgerlicher Tändelei herausgehoben werden. Den Feiern in den Sälen muß Tendenz und Inhalt gegeben werden, die geeignet sind, proletarisches Klassenbewußtsein und revolutionäre Kampfbegeisterung unter den breiten Massen der Arbeiter zu wecken.

Unsere Genossen in den Ortsgruppen- oder Gewerkschaftsleitungen, denen die Durchführung der Maifeier-Veranstaltungen obliegt, müssen hierzu geeignete Programme ausarbeiten und durchführen. Auch ihnen sei der gelegentlich der Märzfeier erteilte Rat in Erinnerung gebracht: **Verbrennt endlich die alten Programme aus der SPD.- und USPD.-Zeit. Macht neue, macht kommunistische Programme.** Geht allen Maifeier-Veranstaltungen das Gesicht einer aufrüttelnden, von revolutionärem Geist erfüllten Zusammenkunft von Arbeitern. Fort mit dem Wortgeklingel und Gesangvereinsgedudel vom blauen Himmel und Sonnenschein, von linden Lüften, armen Herzen, spielenden Kindern, hüpfenden Ziegenböcken, Liebespärchen, die im Frühlingswald spazieren gehen, faustischen Osterdeklamationen und dergleichen Lyrik in Dichtung und Musik. Bringt die ernsten Maifeiergedanken und Maifeierforderungen in das Programm hinein. Singt Lieder vom Kampf der Arbeiterklasse. Sprecht Gedichte, in denen das Herzblut der proletarischen Revolution pulst; rote, feurige, zu Begeisterung erhebende Verse revolutionärer Dichter. Spielt auf der Bühne nicht irgendeinen sentimentalen Kilometerlangen Schmarren, sondern bringt Bilder aus dem Arbeiterleben, aus Not und Tod des Proletariats. Haltet dem deutschen Arbeiter auf der Bühne einen Spiegel vor, in dem er — namentlich der Gleichgültige, Indifferente — sein gegenwärtiges Elend furchtbarsten Sklavendaseins erblickt. Seid nicht zimperlich, habt keine ästhetischen Bedenken. Und dann rollt die Maiforderungen von damals und heute auf und zeigt den Proletariern den Weg zu ihrer Durchsetzung **im Beispiel des siegreichen Räte-Rußland.** Die Köpfe und Herzen der Menschen müssen in die rote, revolutionäre Front hereingerissen werden — so muß das Programm der Maifeier 1925 wirken.

Es wird unseren Genossen in den Ortsgruppen nicht schwer fallen, aus der großen Flut neuerer revolutionärer Literatur das Passende, Richtige, Wirksame herauszufinden. Eine sehr gute Auswahl von Dichtungen, Theaterszenen, geschichtlichen Tatsachen über den 1. Mai, Schilderungen von Maifeiern in Rußland usw. bringt ein soeben im Verlag der Jugend-Internationale erschienenes Heft: **„1. Mai, Rüstzeug Heft 14".** Die Ortsgruppen müssen das Buch sofort durch die Parteibuchhandlungen beziehen. Damit aber den Genossen auf dem Lande gezeigt wird, wie auf die allereinfachste, von jeder kleinen Ortsgruppe, von jedem Arbeitersportverein durchzuführende Weise die Maifeierforderungen auf der Bühne dargestellt werden können, sei dazu eine Anleitung gegeben in Bildern, die auf Anforderung von der B. L. (Agitprop.) bezogen werden können. Intelligenten Genossen wird es ein Leichtes sein, diese Bilder noch weiter auszubauen, zu vermehren, zu erweitern, neue Gedanken einzubeziehen, das gesprochene Wort breiter auszuspinnen, örtliche Dinge zu erörtern usw. Das werden die Arbeiter verstehen, das wird auf sie wirken, weil es ihrem Gefühl, ihrem Empfinden, ihrer Erkenntnis naheliegt, viel näher, wie all das romantische Dichterzeug aus der Welt, die der Prolet (leider!) nicht kennt.

Und dann noch eins. Laßt eingeladene Vereine (Gesang, Sport usw.) nicht machen, was ihnen beliebt. Gliedert sie von vornherein in das Programm ein, **verpflichtet sie zu bestimmten Darbietungen.** Sagt, was Ihr durch sie ausgeführt haben wollt, gebt ihnen Ideen zur Ausführung. Sagt ihnen auch, was Ihr nicht haben wollt, z. B. Blümchen-Lyrik und scharzrotgoldenen Pazifismus. (Charakteristisch sind die Lieder von Lassalles „demokratischer Bahn", dem „Geistesschwert", dem „Rüstzeug der Barbaren" und anderen erledigten Dingen.)

Vor allem aber: habt den Mut, aus eigener Kraft Neues zu schaffen. Denkt nicht, Ihr brächtet das nicht fertig. Ihr könnt, wenn Ihr nur wollt. Und Ihr müßt wollen!

B. L. Halle-Merseburg (Agitprop.).

Neue Wochenausgabe der „Inprekorr"

Die Wochenausgabe Nr. 16 der „Internationalen Presse-Korrespondenz" vom 18. April ist soeben erschienen.

Sie enthält an leitender Stelle eine Schilderung der Mordtaten der estländischen Bourgeoisie und Sozialdemokratie an den Bauern und Arbeitern. Ein Artikel von Rjastas bildet eine Ergänzung hierzu.

Ein Artikel Habarus zieht die Bilanz der Wahlen in Belgien. Ein Artikel A. R's. zeigt die Bedeutung der Auflösung des ägyptischen Parlaments auf.

Wir heben ferner hervor:

Ari: Die Spanier in Marokko.

Bittel: Monopolistische Beherrschung der Konsumtion. Die wichtigsten Ergebnisse der anglo-russischen Einheitskonferenz.

Dombal: Der Kampf um die Bauernschaft in Polen.

Domski: Der 3. Parteitag der Kommunistischen Partei Polens. Ferner Beiträge von: Gorski, Otto, Kowalczyk, Unger, Di Bittorio, Peluso usw., sowie über aktuelle Fragen der Politik, Wirtschaft, Arbeiterbewegung, der Einheit der Gewerkschaftsbewegung, des Weißen Terrors, aus der Internationale, der Jugendbewegung und Genossenschaftsbewegung und mehrere Arbeiterkorrspondenzen.

Der Wochenausgabe liegen drei Sondernummern bei: Nr. 60, Referat des Genossen Sinowjew über die internationale Perspektive und die Bolschewisierung, im Wortlaut. Nr. 58, Die 7. und 8. Sitzung des Erweiterten EKKI. (Ausführlicher Bericht.) Nr. 61, Die 9. Sitzung des Erweiterten EKKI.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019250420-12/fragment/page=0002

Rosenfeld plädiert noch einmal für Skoblewski

Am Vormittag des **46. Verhandlungstages** kam das letzte Wort von der Verteidigerbank. Rechtsanwalt Rosenfeld erklärte ausdrücklich, auf politische Darlegungen verzichten zu wollen. (Es ist wahr, daß Rosenfeld — als Sozialdemokrat — einige politische Sätze sprach, mit denen kein Kommunist einverstanden sein kann. Angesichts der Tatsache, daß es sich um die mit allen Mitteln versuchte Rettung von Menschenleben vor dem kalten Justizmord handelt, gestatten wir uns keine Erwiderung auf diese Worte des Verteidigers, um so mehr, als wir selbst mit dem geringsten Kommentar nur die Wirkung seiner Rede abschwächen würden. Während er sprach, gab es große Ergriffenheit und Erregung bei allen Zuhörern.)

Rosenfeld begann: Meine Aufgabe ist völlig unpolitisch. Es handelt sich um die doppelte Frage: Ist es erwiesen, daß Skoblewsky jener sagenhafte Neumannsche Hellmut ist? Ist es weiter erwiesen, daß jener Neumannsche Hellmut der Skoblewsky sein soll, den Neumann zum Mord und zur Mordverabredung angestiftet hat? Wenn das Gericht Skoblewsky verurteilen will, muß es beide Fragen bejaht haben. Verneint es auch nur eine Frage, so folgt daraus mit Notwendigkeit die Freisprechung Skoblewskys. Nach meiner besten Ueberzeugung hat sich kein Beweis ergeben, daß auch nur eine der beiden Fragen bejaht werden könnte. Es ist das Eigentümliche dieses Prozesses: Selbst wenn man sich auf den Boden des Reichsanwalts stellen könnte, müßte man die Freisprechung fordern. Der Reichsanwalt selbst hat ja erklärt, **das Zeugnis Neumanns allein reicht nicht aus.** Also ist die Frage nur noch die: Gibt es auch nur einen Punkt, der die Neumannsche Aussage gegen Skoblewsky stützt. Hier liegt die tödliche Schwäche der Anklage. Es gibt außer dem Hysteriker Neumann, den selbst der Reichsanwalt in wesentlichen Punkten für unglaubwürdig erklärt, keine Stütze für die Anklage. **Sämtliche Zeugen des Anklägers haben versagt,** sogar die Zeugin Zehnpfund. Selbst der Zeuge Schöncke, ein ganz minderwertiges Subjekt, bei dessen Aussage ich gezittert habe, hat sagen müssen: Ich kenne diesen Mann nicht.

Es traten auf, obwohl nicht in eigener Person, jene zwei unbekannte Spitzel, deren persönliches Erscheinen das Gericht offenbar für gefährlich hielt. Spitzel bleibt Spitzel. Die Spitzelwirtschaft ist stets ein dunkler Punkt im Leben eines Staates. Wir haben die zwei Spitzel nicht gesehen, wahrscheinlich hätte der persönliche Eindruck sie erledigt. Sie gehören zu den Personen, die man unter den Linden nicht zu grüßen pflegt. (Nicht einmal der Reichsanwalt würde sie grüßen. D. Red.) Es erschien nur der Kriminalkommissar und erzählte, was die Unterspitzel dem Oberspitzel gesagt haben. Trotz der künstlich fabrizierten Dunkelheit gelang es, durch einen diplomatischen, im Auswärtigen Amt registrierten Paß, dessen Echtheit von niemand bezweifelt werden kann, jene unbekannten Spitzel in wesentlichen konkreten Punkten zu entlarven. Das Gericht selbst hat den Inhalt unseres Beweisantrags als wahr unterstellt. Daraufhin kann aber das Zeugnis jener zwei Spitzel kein Gramm mehr wiegen.

Ein Paar Schlittschuhe und ein Pydjama — aber sogar Neumann hat erklärt, daß das Pydjama, das er in der russischen Botschaft gesehen haben will, identisch sei mit dem angeblich bei Frau Tänzer gefundenen. Noch geringere Bedeutung haben die Schlittschuhe für die Neumannsche Aussage. Damit fehlt jedes Beweismittel außer dem Hysteriker Neumann. **Ja, es haben sich umgekehrt Punkte ergeben, die beweisen, daß Hellmut nicht mit Skoblewsky identisch ist. Es gibt ja nicht nur einen Hellmut, nicht zwei, nicht drei, sondern mindestens vier oder fünf verschiedene Hellmuts, die in der Beweisaufnahme aufgetaucht sind:** Hellmut Podubecky, dann Hellmut Kozelnik, ferner der von der Zeugin Zehnpfund geschilderte Hellmut, der Hellmut, der in der Vogtschen Landtagsmappe erwähnt ist und endlich der durch die Quittung bezeugte Hellmut.

In der Folge führt Rosenfeld mit ausgezeichneter Logik den Beweis durch, daß er in dem — echten oder unechten — Brief aus der Vogtschen Mappe genannte Hellmut nicht mit Skoblewsky identisch sein kann und daß man daher mit zwingender Notwendigkeit außer den Hellmuts Nr. 1 bis 3 noch auf die Existenz eines vierten oder fünften Hellmut schließen muß. Daß der Hellmut von der Dollarquittung nicht identisch sein kann mit Skoblewsky, hat das Gutachten des Schriftsachverständigen nachgewiesen.

Zwei charakteristische Szenen

Nun — so fährt Rosenfeld fort — stelle man sich vor, daß etwa der von der Zeugin Zehnpfund beschriebene Hellmut eines Tages, wenn vielleicht schon das Haupt Skoblewskys unter dem Beil gefallen ist, in Fleisch und Blut auftauchen würde. Schon dieser furchtbare Gedanke zwingt zu der Vorsicht, die jedem Richter das Urteil aufnötigen muß: Es fehlt jeder Beweis gegen Skoblewsky.

Man betrachte das Verhalten Skoblewskys bei der Herstellung der Schriftprobe. Der Augenblick war von furchtbarer Bedeutung, jeder mußte fühlen, das ein Federstrich entscheiden konnte über Tod und Leben. Was tat Skoblewsky in diesem Augenblick? — Mit vollkommener Liebenswürdigkeit erfüllt er jeden Wunsch des Professors. Aus seinem Munde und aus seinen Augen kam nur die Frage: Wünschen Sie deutsche Schrift, wünschen Sie russische oder lateinische Schrift, wünschen Sie Bleistift oder Tinte? Unerschütterlich saß der Mann, dessen Hals bedroht war und schrieb deutsch, russisch und lateinisch, mit Bleistift und mit Feder, wie der Sachverständige es wünschte. Er hat keine Sekunde daran gedacht, vom Recht der Ablehnung einer Schriftprobe Gebrauch zu machen. Ist dies etwa kein Beweis dafür, daß Skoblewsky unmöglich mit Hellmut identisch sein kann? Ganz abgesehen von dem Gutachten des Professors.

Demgegenüber ein Vorfall mit Neumann, hier vor aller Augen. Neumann sagt auf die Frage nach den eigentlichen Briefen, die er aus dem Gefängnis schrieb, mit lächelnder Miene die Unwahrheit und bestätigt lächelnd, daß er die Unwahrheit gesagt hat, im Angesicht des Gerichts. Die kleine, unwichtig scheinende Szene war für mich sehr bedeutungsvoll. Ich spare mir heute jedes weitere Wort über das unzählige Material gegen Neumanns Glaubwürdigkeit. Trotz alledem wagt der Reichsanwalt sich auf das Zeugnis Neumanns gegen Soblewsky zu stützen, nachdem alle anderen Stützen zusammengekracht sind, nachdem nur Beweismittel gegen die Anklage aufgetaucht sind. In der Konsequenz seines eigenen Standpunktes müßte der Reichsanwalt selbst die Freisprechung Skoblewskys beantragen. Trotzdem wagt er zu erklären, daß die Anklage nicht einmal erschüttert sei. Das kann kein Mensch in der ganzen weiten Welt auch nur glauben.

Ein Freudenschreck und die allergefährlichste Dummheit

Nun die zweite Frage: Hat Hellmut den Neumann angestiftet? Sie ist noch viel schwerer zu lösen. Das Gericht müßte in jedem einzelnen Falle die angebliche Anstiftung nachweisen. Und hier ist erst recht Neumann das einzige Beweismittel der Anklage. **Hier verläßt der Reichsanwalt seine eigene Basis.** Kein anderes Zeugnis, kein Sachverständiger, keine Urkunde, kein Argument steht hier dem Reichsanwalt zur Verfügung. Diese bloße Tatsache genügt für das **Urteil über die Anklage.**

Und jetzt stelle ich die Frage:

Ist auch nur wahrscheinlich, daß Neumann überhaupt einen Anstifter gehabt hat?

Die Existenz des Neumannschen Hellmut war in jeder Beziehung unmöglich, überflüssig, unnötig, — **aber, meine Herren, nötig ist die Existenz eines Hellmut für den Kronzeugen in seiner Rolle vor Gericht: für sich selbst benötigt er jetzt einen angeblichen Anstifter. In einem unbewachten Moment hat Felix Neumann sich dort auf seinem Stuhle selbst verraten, als er sagte: „Wenn ich einen Anstifter brauchte, dann hätte ich ja jemand nennen können, der in Rußland in Sicherheit ist." Neumann weiß also sehr genau, worauf es ankommt, nur will er sich an diesem Punkt dumm stellen. Er weiß genau, daß er mit dem grossen Unbekannten, nicht Auffindbaren sofort ausgelacht worden wäre. Er weiß genau, daß er einen Menschen von Fleisch und Blut, und zwar am allerbesten von russischem Fleisch und Blut braucht.**

Man konnte dann im Moment keinen anderen Russen erreichen als diesen fremden Menschen dort, Herrn Skoblewsky. Der Schreck, den Neumann in dem Augenblick bekam, als man ihm das Lichtbild eines Russen vorhielt, war ein Freudenschreck: endlich der Mann gefunden, den ich brauche. **Aber meine Herren, Neumann hat zuviel bewiesen wollen, und daß ist die gefährlichste Dummheit, die Neumann jemals gemacht hat.**

Ist Skoblewsky überhaupt der Mann, der zum Mord anstiften könnte? Der Zeuge Tänzer, der ganz schroff gegen Skoblewsky aufgetreten ist, ein seit Jahrzehnten geschulter und erfahrener sozialdemokratischer Funktionär, der vom Leben tausendmal mehr versteht als ein Akademiker und den ich seit langem persönlich kenne, hat auf diese Frage erklärt: „Ich kann ihm das nicht zutrauen." Und er hat weiter erklärt, daß er in der politischen Unterhaltung mit seinem damaligen Mieter kein Anzeichen gefunden habe, daß Skoblewsky etwa Kommunist sei. Das ist der einzige Zeuge, der ganz unbeteiligt vor langer Zeit diesen fremden Menschen beobachtet hat. Ich komme zu dem Schluß: Es ist weder im Allgemeinen noch im Besonderen ein Funken von Beweis geliefert, es bleibt allein die Behauptung des Felix Neumann. Wenn man sich auf den Fundamentalsatz des Reichsanwalts selbst stützt, den er in seiner Begründung zum Todesurteil gesprochen hat, daß man nämlich auf das Zeugnis Neumanns allein nicht bauen könne, dann kann man jetzt nur sagen:

Felix Neumann allein spricht das Urteil

Im Leipziger kommunistischen Blatt habe ich ein Bild gesehen, das mich damals empört hat, denn auf diesem Bild sah man Felix Neumann auf dem Präsidentensituhl des Gerichts.

Heute muß ich selbst sagen: Der Reichsanwalt jetzt selbst den Neumann zum alleinigen Richter über Skoblewsky ein.

Alles ist eingestellt auf das Wort, das aus dem Munde des Neumann kommt. Alles ist abgestellt auf den einen hysterischen Menschen. Der Gedanke ist fürchterlich, ist unerträglich. Entsetzliche Abgründe der Justiz tun sich auf, wenn man sich solche Rechtsprechung vorstellt. Welchem Menschen müßte nicht davor grauen, auf Grund solchen Materials über Tod und Leben zu entscheiden? Der Fall Denke hat eingehüllt, daß ein Mensch unschuldig 12 Jahre Zuchthaus verbüßt hat, gegen den seinerzeit der Staatsanwalt Todesstrafe beantragt hatte mit dem Ruf: „Vernichten Sie diese Bestie in Menschengestalt." Es gab schon viel zu viele solcher Justizmorde. Nach dem Todesurteil fällt die volle Verantwortung und alle Folgen des Urteils auf Sie, meine Herren, auf Sie allein.

Vielleicht gibt Neumann jetzt doch noch der Wahrheit die Ehre. Vielleicht wird er jetzt doch noch mit seinem letzten Wort erklären, ich kann meine Worte nicht aufrecht erhalten. Vielleicht spricht er dies Wort erst nach der Fällung des Urteils, **vielleicht gar erst nach der Vollstreckung . . . Was dann, meine Herren vom Gericht?**

Die Sühne für den Tod eines Spitzels ist durch die einjährige Haft so vieler Angeklagter weit schlimmer bezahlt als viele politische Morde an Menschen, die keine Spitzel waren. Als Karl Legien einst einen Spitzel entlarvt hatte, erklärte er ihm: „Wenn Du noch einen Funken Ehrgefühl hast, so hänge Dich an einen Baum im Tiergarten." Den Tod eines Spitzels wollen Sie gegenüberstellen fünf Todesurteile? Schon ein einziges Todesurteil würde die Arbeitermassen aufwühlen. Die Todesstrafe gegen Szon verglichen mit dem Urteil gegen Tschom müßte fürchterlich auf die Massen wirken . . .

Nach einigen politischen Schlußsätzen fordert Rosenfeld noch einmal den Freispruch Skoblewskys.

Felix Neumanns Schlußwort

Am Nachmittag erhielt der Kronzeuge Felix Neumann das Schlußwort. Er sprach sehr lange, ohne irgend ein Argument vorzubringen, mit dem wir uns nicht schon auseinandergesetzt hätten. Er ließ sich zunächst äußerst scharf gegen die Verteidiger Skoblewskys aus, versuchte dann die unzähligen Verdachtsgründe zu zerstreuen, die für seinen Provokateurcharakter sprechen. In äußerster Wut fuhr er wiederum gegen die kommunistischen Verteidiger und gegen die KPD. los. Der berüchtigte russische Lockspitzel Alew, so meinte er u. a., sei doch von der Ochrana geschützt und nie vor ein Gericht gestellt worden. Er, Neumann, könne also doch nicht mit Alew verglichen werden. Wozu nur zu sagen ist: Die Alew-Rolle des Felix Neumann besteht nicht etwa in dem Schuß auf den Spitzel Rausch, sondern gerade in seinem Auftreten als Kronzeuge vor dem antisoschwistischen Gericht.

Wie außerordentlich psychologisch kompliziert der Fall Neumann liegt, besagen seine Krankheitsakten und die Krankheitsakten seiner wahnsinnigen Vorfahren. Es mußte als der Gipfelpunkt pathologischer Verwirrung seines Schädels erscheinen, wenn dieser Mann gar noch in seinem Schlußwort — entgegen dem Fundamentalsatz sogar des Reichsanwalts — die **vollste, reinste, absoluteste Glaubwürdigkeit für jedes Wörtchen seiner Aussage zu beanspruchen wagte.** In diesem Moment mußte man wieder einmal sagen: Man erweise doch endlich diesem wahnsinnigen Manne die Wohltat eines guteingerichteten Sanatoriums. In diesem Augenblick mußte selbst der vom Mitleid erfaßt werden, der in vollstem Umfange die ganze ungeheuerliche Rolle dieses Kronzeugen der antisoschwistischen Justizmörder zu überschauen vermag. Im übrigen haben wir den politischen Sinn dieses Neumannschen Schlußwortes bereits erwähnt. Der Mann bleibt seiner Rolle getreu bis zur letzten Sekunde. **Noch ist ja sein und seiner Auftraggeber Werk nicht blutig vollendet. Noch hat nicht das Beil über Margies, Skoblewsky, Szon und Poege geblitzt. Noch machten nicht die antisoschwistischen Henker den blutigen Schlußstrich unter den ungeheuerlichsten aller politischen Prozesse. . . .**

Erschütternd wirkte es, als der schwerhörige Angeklagte Szon, gegen den gleichfalls das Todesurteil beantragt ist, mit einem leichten Lächeln die Achseln zuckte und schwieg, als Senatspräsident und Vorsitzender des Staatsgerichtshofs, Herr Dr. Niedner, ihn fragte, ob er noch etwas zu sagen habe.

Poege erklärte nur, er habe keinen Menschen töten wollen.

Mörsner erklärt, daß er sich den Ausführungen seiner Verteidiger anschließe.

Das Schlußwort des Angeklagten Margies haben wir besonders berichtet. Den Eindruck, den es machte, zu schildern, ist unmöglich.

Wer stimmt für Marx?

Der „Vorwärts" vom 9. April schreibt:

„Auch drüben gibt es Leute — wir denken an die sogenannten „maßgebenden Wirtschaftskreise —, die eine Politik der inneren und äußern Abenteuer nicht wollen, weil sie von ihr die allerschwerste Schädigung des Auslandskredits und der gesamten Wirtschaft befürchten.

So richtig der Grundsatz des Wahlgeheimnisses ist — es wäre doch verdammt interessant, dabei zu sein, wenn die Luther und Stresemann und Westarp, wenn die Industriellen, die Finanziers ihr Kreuz auf den Wahlzettel machen. Werden sie wirklich dieses Kreuz in Hindenburgs Feld setzen und damit unter all ihre Hoffnungen und Wünsche ein Kreuz machen?"

*

Die Führer der reaktionären Bourgeoisie, die Luther, Stresemann, Westarp, die Kapitalsmagnaten der Industrie und Finanz — die überlegen nach dem „Vorwärts" also, ob

Marx ein besserer Vertreter ihrer Kapitalisteninteressen als Hindenburg

ist. Arbeiter! Kann Marx, der klügere und besonnere Vertreter der „maßgebenden Wirtschaftskreise", Euer Kandidat sein? Ist der Kapitalvertreter Marx, der für die Kapitalisten mindestens ebenso gut ist wie Hindenburg, für Euch ein „kleineres Uebel"?

Nein! Keine Arbeiterstimme den Kandidaten des Kapitals: Hindenburg und Marx!

Jede Arbeiterstimme für Thälmann!

Meß-Mend

71 Roman von Jim Dollar

„A—," stieß Artur unwillkürlich aus.

In diesem Augenblick erklang hinter ihm eine Stimme, in der er einen der Verschwörer erkannte; wütend sagte er:

„Wir haben Ihre Instruktionen befolgt, Signor, aber wir haben große Verluste gehabt: Francois ist tot, Anteß ist in Händen der Bolschewisten. Was gedenken Sie jetzt zu unternehmen!"

„Einen Fächer!" sagte tonlos das über Artur geneigte Wesen.

Der Mann in der Maske reichte ihm einen einfachen Papierfächer, wie er von armen Frauen des Südens gebraucht wird.

„Fächer," wiederholte der Unbekannte, breitete ihm vor dem Gesicht des regungslosen Rockefeller auseinander und faltete ihn wieder zusammen, „eins, zwei, drei, vier . . ."

Das leichte Wehen des Windes verursachte Rockefeller eine plötzliche Uebelkeit. Er konnte gerade noch einen Blick auf Viviane werfen und sehen, wie ihre Pupillen sich starr auf den Fächer richteten.

Und die weichen Flügelschläge des Fächers wurden immer häufiger, die Augen des Unbekannten flammten phosphoreszierend auf, seine schmachen Hände straften sich, die Muskeln wurden stählern, aus dem halbgeöffnetem Munde drangen pfeifend die Worte:

„Sechzehn, siebzehn, achtzehn . . . zwanzig . . ."

In der nächsten Sekunde erlosch Artur Rockefellers Bewußtsein. Sein Gedächtnis war gelähmt. Sein Wille einem Fremden ausgeliefert. Wie ein Somnambule erhob er sich langsam vom Fußboden, schritt in straffer Haltung zum Tisch und blieb dort stehen.

Mit einem toten Gesicht, bleichen Augenlidern, schlank, gehorsam wie ein Schatten, richtete sich Viviane gleich ihm auf und ging mit denselben Gesten, mit demselben Schritt ihm nach.

„Sie haben furchtbar gelitten . . . Sie wollen sich erholen!" — fallen die scharf geprägten Worte des Unbekannten, „Sie lehnen Gespräche ab . . . Die Uhr trifft auf Ihren Namen ein. Einladungskarten. Sie und Ihre Frau überreichen den Kommissaren punkt 12 Uhr während der Sitzung des Petrograder Sowjets die Uhr."

„Ja," antwortet Wassilow gehorsam.

„Sie halten eine Rede, die auf dem Papier entworfen ist . . . stellen die Uhr vor den Vorsitzenden . . . ziehen sie, ziehen sie, ziehen sie punkt 12 Uhr auf und bleiben regungslos an der Uhr stehen . . . Sie und Ihre Frau . . . bleiben stehen, was auch geschehen mag. In diesem Augenblick wird das Bewußtsein zu Ihnen zurückkehren, ohne daß Sie ihren Platz verlassen!"

Ein widerwärtiges Lächeln zuckte über das Gesicht des Unbekannten. Er bewegte die Hand, als wenn er etwas gefangen hätte, drehte sich um und verließ schnell das Zimmer. Wassilow blieb am Tische stehen und starrte mit sinnlosem Blick die Tür an. Auf Vivianes Gesicht lag ein irres Lächeln.

Es vergingen einige Minuten bei vollkommener Stille, als plötzlich draußen an der Tür ein gesundes, menschliches Klopfen hörbar wurde und Eugen Barfuß mit besorgtem Gesicht ins Zimmer trat.

„Teurer Genosse," sagte er, Rockefellers und Vivianes Hände kräftig schüttelnd, „wir alle drücken Ihnen unser Beileid aus wegen dieser verdammten Geschichte mit den vier Maskierten. Alle vier Verbrecher schweigen bei der Vernehmung, es ist kein Wort aus ihnen herauszukriegen."

„Ich bin furchtbar erschöpft," sagte Rockefeller müde.

„Ich verstehe, Genosse," sagte Barfuß besorgt, „die Sache mußte Ihnen nahe gehen. Aber ich wollte Sie nur über das Vorgehen Ihrer Doppelgänger beruhigen. Wir haben alle Fabriken besucht, wo sie sich gezeigt hatten. Einen nennenswerten Schaden haben sie uns nicht zugefügt. Und überhaupt, — es ist unerfindlich, was diese Psychopaten eigentlich beabsichtigt haben! Also bis morgen."

Er verabschiedete sich herzlich von beiden und ging hinaus, während Rockefeller und Viviane noch immer in den sonderbaren Stellungen an dem Schreibtische standen. Die Zeit verging. Der Tag war zu Ende. Der Abend trat ein. Die beiden fuhren fort zu stehen, den leeren Blick auf die Tür gerichtet und ohne ein einziges Wort zu wechseln.

Die Sitzung im Petrograder Sowjet.

Die ganze Nacht hindurch dauerte Wassilows und seiner Frau Erstarrung fort. Sie sahen einander nicht an, aßen nicht, sprachen nicht. Weder Hunger noch Durst schienen irgendwelche Einwirkung auf sie zu haben. Am Morgen lief ein Zittern durch ihre Körper, beide machten gleichzeitig einige Schritte zur Tür, und im selben Augenblick wurde draußen geklopft.

„Herein!" rief Wassilow mit ruhiger Stimme.

Die Tür öffnete sich und einige Rotarmisten kamen zum Vorschein.

„Die Kiste ist angekommen," sagte der eine von ihnen in schlechtem Englisch, „wir haben sie auf einen Handwagen mitgebracht. Es wird Zeit, daß Sie zur Sitzung gehen."

Er suchte in seiner Tasche, brachte zwei Einladungskarten und einen Brief zum Vorschein und reichte sie Wassilow.

„Vom Genossen Barfuß. Und dieser Brief ist mit der Kiste angekommen, — er enthält die Begrüßungsansprache."

Wassilow nahm seinen Hut, half seiner Frau beim Anziehen, reichte ihr den Arm und beide stiegen die Treppe hinab. Unten stand ein Mägelchen mit einer Kiste. Die Rotarmisten spannten sich vor das Mägelchen. Wassilow und seine Frau folgten ihnen. Es war heute unmöglich, mit dem Auto zu fahren. Die Menschenmenge drängte sich in allen Straßen, auf den Plätzen, auf allen Dächern. Ueber der Stadt kreisten Aeroplane und warfen zahllose Flugblätter hinab. Wo man hinsah, wehten rote Fahnen. Ungeheure, an den Wänden klebende Plakate verkündeten den Handelsvertrag mit Amerika.

Weder Wassilow noch Katja schenkten dem Leben um sie herum irgendwelche Beachtung. Sie schritten automatisch hinter dem Mägelchen her und wechselten kein einziges Wort. Als sie das Haus mit den Säulen erreichten, das von dichten Menschenhaufen belagert war, nahmen die Rotarmisten die Kiste von dem Mägelchen und trugen sie die Treppe hinauf.

„Was habt Ihr da?" rief man aus der Menge.

„Die Amerikaner haben ein Geschenk mitgebracht!" antwortete munter der Jüngste. Die teppichbelegten Stufen führten zum Parterre eines riesigen, von Sonnenstrahlen durchfluteten Theaters. Es war als wenn sie in einen Bienenkorb geraten wären. Sie gingen durch Korridore, drängten sich hinter die Kulissen und blieben hier stehen. Die Rotarmisten öffneten auch diese, schnürten das mehrfach in Watte gehüllte Paket auf, und vor den Blicken der Umstehenden zeigte sich die Uhr in ihrem wundervollen Ebenholzgehäuse.

„Das ist ja herrlich!" stieß Barfuß aus, „verstecken Sie sie bis zum Augenblick der Uebergabe."

Er warf ein rotes Banner auf die Uhr und wandte sich den beiden Wassilows zu.

„Ich sehe, daß Sie noch krank sind," flüstert er teilnahmsvoll, „setzen Sie sich hierher, von hier aus können Sie die ganze Tribüne übersehen. Sehen Sie!"

Wassilows lebloser Blick richtete sich nach der von Barfuß bezeichneten Stelle.

Die von Sonnenlicht überströmte Tribüne füllte sich langsam. Jeder Eintretende wurde mit donnerndem Beifall und mit der Internationale" begrüßt. Um den langen, mit Purpur und duftenden weißen Hyazinthen bedeckten Tisch versammelten sich alle Führer der Sowjetrepubliken.

(Fortsetzung folgt.)

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019250420-12/fragment/page=0003

Ausland

Die jüngsten Erfolge der Sowjetwirtschaft

Genosse Kamenew hat am 12. April auf der Konferenz der Moskauer Gouvernements über die jüngsten Erfolge der Industrie berichtet. In den fünf ersten Monaten (1. Oktober 1924 bis 1. März 1925) des neuen Wirtschaftsjahres 1924/25 hat die Industrie Waren im Werte von 950 Millionen produziert, was einer 60prozentigen Erhöhung der Produktion im Verhältnis zum Vorjahre entspricht. **Die Steigerung der Industrieproduktion bedeutet die Stärkung des proletarischen Einflusses im Lande. Die Zahl der beschäftigten Arbeiter wächst.** Von besonderer Wichtigkeit ist der Aufschwung der Metallindustrie. Die Produktion nahm in den ersten fünf Monaten des Jahres um 82 Prozent zu. Die weitere Entwicklung wird die weitere Erhöhung des Arbeitslohnes zur Folge haben. Die Löhne im Moskauer Bezirk stehen zwar um 20 Prozent höher als die Löhne im Jahre 1913, aber **dieses Ergebnis genügt noch nicht.** Die Löhne müssen so hoch sein, daß die Arbeiterschaft ihre **gesteigerten Bedürfnisse** befriedigen kann.

Die neue Sowjetanleihe fünffach überzeichnet

In fünf Tagen wurde die neue fünfprozentige Anleihe in Sowjet-Rußland mehr als fünffach überzeichnet. **Allein in Moskau wurden 38 Millionen Rubel gezeichnet. Davon wurden 19 Millionen Rubel von Privatpersonen, Arbeitern und Angestellten und 11 Millionen von Banken, Syndikaten, Trusts gezeichnet.** Der Andrang der kleinen Zeichner ist ein Beweis für das Vertrauen, das die Massen dem Sowjetstaat entgegenbringen. Die neue Anleihe ist **völlig freiwillig,** niemand ist zur Zeichnung verpflichtet.

Ueber dieses Ergebnis schweigen sich die bürgerlichen Zeitungen, die von ihren Korrespondenten nur über Hungersnot und Mißernte berichten lassen möchten, vollständig aus.

Der Kampf gegen den Faszismus in Frankreich

(Eig. Drahtm.) **Paris,** 18. April.

Die faszistischen Verbände hatten zu einer Demonstration in Nancy aufgerufen. Nur verschwindend wenige Anhänger waren dem Rufe gefolgt. Die KPF. und CGTU. hatten sich an die Sozialisten gewandt und sie zu einer gemeinsamen Demonstration aufgefordert. Die Sozialisten lehnten ab. Darauf veranstalteten die KPF. und die CGTU. eine Protestkundgebung, an der mehrere tausend Arbeiter, zum größten Teil auch sozialistische Arbeiter, teilnahmen. Ein in den reformistischen Gewerkschaften organisierter Arbeiter rief die Versammlung auf zum Kampf um die gewerkschaftliche Einheit und zur Bildung des geschlossenen Blockes der Arbeiter und Bauern gegen den Block der Faszisten, der Schwerindustrie und sozialistischen Führer. Diese Ansprache wurde mit großer Begeisterung aufgenommen. Mehrere Regimenter Senegalschützen, die in Nancy in Garnison liegen und die Demonstration auflösen sollten, weigerten sich, gegen die Arbeiter vorzugehen.

Ein Fortschritt des Kommunismus in England

London, 16. April.

Der Bezirk Manchester der englischen Arbeiterpartei (Labour Party), hat beschlossen, Kommunisten als Delegierte der Trade Union zuzulassen.

Gewerkschaftsbewegung

Der Schiedsspruch der Berliner Metallindustrie abgelehnt

106 833 Stimmen für Ablehnung, 40 883 für Annahme

Mit einer gewaltigen Mehrheit haben die Berliner Metallarbeiter das schändliche Machwerk eines Schiedsspruches, durch den ihnen endgültig der Achtstundentag geraubt und sie zu neun-, zehn- und zwölfstündiger Arbeitszeit gezwungen werden sollten, in geheimer Abstimmung abgelehnt. Die Berliner Metallarbeiter — und das ist das Bedeutende an dieser Abstimmung —, die organisierten wie unorganisierten, haben damit in ihrer übergroßen Mehrheit bekundet, daß sie entschlossen sind, für den Achtstundentag zu kämpfen.

Zum ersten Male wurden in der Berliner Metallindustrie bei den Abstimmungen über Annahme oder Ablehnung des Tarifvertrages die unorganisierten Arbeiter mit herangezogen. Jiska, der erste Bevollmächtigte der Berliner Verwaltungsstelle, der schon in der Funktionärversammlung, die die Urabstimmung beschloß, als Miesmacher auftrat, war gewiß der Meinung, daß, wenn diesmal auch die Unorganisierten mitstimmen, die Mehrheit der Arbeiter sich hinter Annahme der von den Unternehmern diktierten Bedingungen entscheiden würde. Die Bureaukraten haben sich geirrt.

Der „Vorwärts", der noch in seiner Abendausgabe vom Donnerstag so warm für die Annahme des Schiedsspruches plädierte und schrieb: „Die „Rote Fahne" sucht auch jetzt im trüben zu fischen und die Metallarbeiter gegen die Annahme des Schiedsspruches scharf zu machen", stellt in seiner Abendausgabe vom Sonnabend mit offensichtlichem Bedauern fest: „Die Berliner Metallindustriellen haben sich offen'bar das Vertrauen der Arbeiterschaft auf eine loyale Anwendung der Ueberarbeitszeitbestimmungen verscherzt". Dieses „Vertrauen" haben die Berliner Metallarbeiter noch keine Stunde gehabt, dieses „Vertrauen" wollten ihnen aber der „Vorwärts" und die Verbandsbureaukraten einreden.

Es hat ihnen alles nichts genützt. **Die Abstimmung hat bewiesen, daß die Arbeiter ernstlich gewillt sind, den Kampf um die Eroberung des Achtstundentages auf der ganzen Linie aufzunehmen.**

Die Maifeier

Arbeitsruhe für Berlin

Der Ortsausschuß Berlin des ADGB. erläßt gemeinsam mit dem Ortskartell der AfA für diesjährige Maifeier einen Aufruf, in dem es heißt:

„Die würdigste Form der Mai-Kundgebung ist die Arbeitsruhe. Wir rufen deshalb die Berliner Arbeitnehmerschaft auf, am 1. Mai die Arbeit ruhen zu lassen.

Die Kundgebung am Vormittag des 1. Mai ist nach jahrelangem Brauch eine Angelegenheit der Gewerkschaften. Im Einverständnis mit den angeschlossenen Organisationen haben wir beschlossen, die gewerkschaftliche Maifeier wie im Vorjahre in Sälen zu veranstalten.

Die Industriegruppen bzw. Gewerkschaften versammeln ihre Mitglieder in von ihnen selbst auszuwählenden Lokalen. Diese Versammlungslokale sind uns umgehend, spätestens bis zum 20. April, bekanntzugeben, damit der Gesamtplan rechtzeitig veröffentlicht werden kann. Nachmittags- und Abendveranstaltungen werden von den Parteien getroffen.

Wir fordern auf, ungesäumt ans Werk zu gehen und alle erforderlichen Vorbereitungen für diese Kundgebung am 1. Mai zu treffen. Sie muß zu einer eindrucksvollen Demonstration der Berliner Arbeitnehmerschaft gestaltet werden."

Die Gewerkschaftsspitzen in Berlin haben sich zwar entschlossen die Arbeiter zur Arbeitsruhe aufzurufen, sie konnten sich aber nicht dazu aufraffen, durch eine wuchtige und machtvolle Demonstration auf der Straße den Willen der Arbeiter zum Ausdruck zu bringen.

Der Charakter der Maifeier würde zweifellos besser gewahrt werden, wenn sich die Gewerkschaften zu Demonstrationen unter freiem Himmel entschlossen hätten.

Aussperrung von 15 000 Metallarbeitern in Schlesien

Breslau, 18. April.

Anläßlich der Teilausstände in der schlesischen Metallindustrie teilt der Verband Schlesischer Metallindustrieller mit, daß am Dienstag, dem 21. April, die dem Verbande angehörenden Betriebe geschlossen und etwa 15 000 Arbeiter und Arbeiterinnen entlassen werden sollen, falls nicht am Montag, dem 20. April, die Arbeit in allen Betrieben wieder aufgenommen sein sollte.

Bauarbeiteraussperrung in ganz Pommern

Stettin, 18. April.

Da sich die Bauunternehmer Pommerns weigerten, den Schiedsspruch, der eine Lohnerhöhung von 20 bis 30 Prozent vorsah, zu erfüllen, sind die Bauarbeiter in sieben Orten der Provinz Pommern in den Streik getreten. Daraufhin haben die Unternehmer die sofortige Aussperrung aller Bauarbeiter der Provinz Pommern beschlossen.

Vollständiger Streik im Kieler Hafen

Kiel, 18. April.

Die Angestellten der Hafendampfschiffahrtsgesellschaften haben den Schiedsspruch, der eine Lohnerhöhung bis zu 9 Pfennigen vorsieht, abgelehnt und sind heute in den Streik getreten. Der Kieler Hafen ist dadurch vollkommen stillgelegt.

Studienreise englischer Gewerkschafter nach Rußland

(Eig. Drahtm.) **London,** 17. April.

„Daily Herald" teilt mit, daß am 23. d. M. eine Delegation weiblicher Mitglieder der englischen Gewerkschaften eine Studienreise nach Rußland antreten wird. Die Lage der Arbeiterinnen und Kinder sowie die Rechte der Frauen sollen studiert werden. Darüber soll ein Bericht gegeben werden. Für die Reise sind sechs bis acht Wochen vorgesehen.

Verantwortlich: Max Labemann, Eisleben, für den redaktionellen Teil; für den Verlag und Anzeigenteil: Fritz Kroh, Halle, Lerchenfeldstraße 14.

Postbezieher!

Die Bestellung muß bis zum 25. d. M. für Mai erfolgen, da sich sonst der Bezugspreis erhöht. **Der Verlag.**

K·P·D

Bezirksleitung für Halle-Merseburg
Bureau u. Kasse: Lerchenfeldstr. 14. Fernruf 1473. — Postscheckkonto Leipzig 107001.
Artur Sämisch, Bezirks-Sekretär. Geschäftszeit: Täglich 9 bis 6 Uhr. Sonnabends nachmittags geschlossen.

Unterbezirk Halle-Saalkreis

Oberbezirk Süd. Sämtliche Parteigenossen und -genossinnen treffen sich zu einer wichtigen Besprechung Montag abend 8 Uhr in Löbs Hof.
Radau. Bezirksführer. Die heute ausgegebenen Fragebogen für April müssen bis Montag, den 20. April, im Ortsbureau eingeliefert sein.
Frauenfunktionäre. Montag, 22. April, abends 8 Uhr, in der „Produktin.", wichtige Sitzung. Das Erscheinen aller Funktionärinnen ist Pflicht.
Canena. Mitgliederversammlung Dienstag, 21. April, abends 8 Uhr, Lokal Wenkel.
Bischofs-Reideburg. Mitgliederversammlung Dienstag, 21. April, abends 8 Uhr, im Lokal Bauermann.
Hohenthurm. Mitgliederversammlung Mittwoch, 22. April, 8 Uhr, im Parteilokal.
Diesdorf. Mitgliederversammlung Mittwoch, 22. April, abends 8 Uhr, Lokal Mente.
Lettin. Mitgliederversammlung Mittwoch, 22. April, 8 Uhr, „Zur Erholung".
Annendorf. Mitgliederversammlung Mittwoch, 22. April, 8 Uhr, im „Elsertal".

Unterbezirk Merseburg-Querfurt

Reitmannsdorf. Wählerversammlung Mittwoch, 22. April, abends 8 Uhr, Gasthof.
Kipdorf-Beuna. Wählerversammlung Mittwoch, 22. April, abends 8 Uhr, in Kirschen im Lokal Endner.
Stößen. Wählerversammlung Mittwoch, 22. April, abends 8 Uhr, im Gasthof.
Roßnitz. Wählerversammlung Mittwoch, 22. April, abends 8 Uhr, im Gasthof.

Unterbezirk Mansfeld

Wallerode. Wählerversammlung Dienstag, 21. April, abends 8 Uhr, im Gasthof.
Ober- und Unterrißdingen. Wählerversamml. Mittwoch, 22. April, 8 Uhr, b. Henze.
Helfisbeck. Wählerversammlung Mittwoch, 22. April, 8 Uhr, im Hohenzollernpark.

Kreis Delitzsch

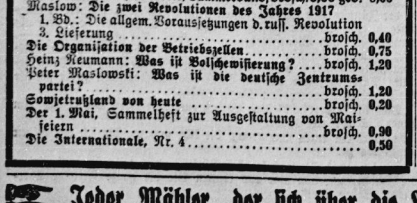
Eilenburg-Ost. Wählerversammlung Dienstag, 21. April, 8 Uhr, Lokal Muldental.
Pretzsch. Wählerversammlung Dienstag, 21. April, abends 8 Uhr, im Gasthof.
Delitzsch. Mitgliederversammlung Dienstag, 21. April, abends 8 Uhr, im „Lindenhof". Jeder Zehnerkassiererin hat seine Mitglieder einzuladen.

Unterbezirk Wittenberg-Bitterfeld

Lutzen. Wählerversammlung Dienstag, 21. April, abends 8 Uhr, im Gasthof.
Apollensdorf. Wählerversammlung Dienstag, 21. April, abends 8 Uhr, im Gasthof.
Jahndorf-Zschiesewitz. Wählerversamml. Mittwoch, 22. April, 8 Uhr, b. Schmidt.
Radis. Wählerversammlung Mittwoch, 22. April, abends 8 Uhr, Lokal Rodenstein.
Reinsdorf. Wählerversammlung Mittwoch, 22. April, abends 8 Uhr, im Gasthof.

Unterbezirk Torgau-Liebenwerda

Gräfenhain. Wählerversammlung Dienstag, 21. April, 8 Uhr, im „Schützenhaus".
Lausitz. Wählerversammlung Dienstag, 21. April, 8 Uhr, im Gasthof Lehnsdorf.
Mückenberg. Wählerversammlung Mittwoch, 22. April, 8 Uhr im Lokal Roloff.



Empfehlenswerte Literatur
der
Bezirks-Zentralbuchhandlung Halle a. d. S., Lerchenfeldstraße 14
und deren auswärtigen Filialen

Soeben erschienen!

Lenin: **Ausgewählte Werke,** Sammelband, brosch. 6,00 geb. 8,00
Maslow: **Die zwei Revolutionen des Jahres 1917**
1. Bd.: Die allgem. Voraussetzungen d. russ. Revolution
3. Lieferung ..... brosch. 0,40
Die Organisation der Betriebszellen ..... brosch. 0,75
Heinz Neumann: **Was ist Bolschewisierung?** ..... brosch. 1,20
Peter Maslowski: **Was ist die deutsche Zentrumspartei?** ..... brosch. 1,20
Sowjetrußland von heute ..... brosch. 0,20
Der 1. Mai, Sammelheft zur Ausgestaltung von Maifeiern ..... brosch. 0,90
Die Internationale, Nr. 4 0,50

Verband der ausgeschloss. Bauarbeiter

Bezirksverein Halle

Dienstag, den 21. April, abends 1/2 8 Uhr, im „Volkspark":

Bauhilfsarbeiterversammlung

Mittwoch, den 22. April, abends 1/2 8 Uhr, im „Volkspark":

Maurerversammlung

Alle Bauhilfsarbeiter haben am Dienstag und alle Maurer am Mittwoch bestimmt zur Versammlung zu erscheinen, da sehr wichtiges besprochen werden soll.

Der Vorstand
1199 J. A.: Alfred Bandermann

Stadt-Theater
Dienstag 7 1/2 Uhr
„Frasquita"
Operette von Lehar
in der Besetzung der Erstaufführung
Ende nach 10 Uhr
Mittwoch 7 1/2 Uhr
Rigoletto
Ende 10 Uhr
Donnerstag 7 1/2 Uhr
Hoffmanns Erzählungen
Ende 10 1/2 Uhr

Arbeitsamt Eisleben

Petristraße 9 Tel. 131/132

Es werden gesucht: Glaser und Bautischler. **Weibliche Vermittelung:** Arbeiterinnen (krätftige) von 18 Jahren an, Aufwartungen, Dienstmädchen, Frau für Kuhstall (tag-über), Haus- und Stallmädchen fürs Land, Mamsells für Güter, Wirtschafterinnen. **Lehrstellenvermittelung:** Malerlehrlinge f. sofort. **Landwirtschaftliche Abteilung:** Lediger Kuhfütterer, lediger Gärtner, Landarbeiterinnen.

Es suchen Stellung: Ostermädchen für viele Berufe, Tagelöhner und Geschirrführer 515

Werbt f. d. Klassenkampf

Zeltbesitzer, Wirte, Obsthändler usw.

Zum **„Tag der Arbeiter und Bauern"** anläßlich der **400. Wiederkehr des deutschen Bauernkrieges** und **Thomas Münzers Tod** an den

Pfingsttagen 30., 31. Mai und 1. Juni 1925 in **Eisleben**

sollen auf dem Festplatze (Wiese) mehrere

große Wirtschaftszelte

errichtet werden. Ferner sind Plätze zu **Erfrischungs- u. Obstständen** zu verpachten.

Eigentümer von Zelten oder Wirte, die Zelte zur Verfügung haben und auf die Bewirtschaftung reflektieren, sowie Interessenten an den Verkaufsgenehmigungen, wollen Angebote bis spätestens **25. April** einreichen beim Vorsitzenden des Wirtschaftsausschusses **Fäckel,** Eisleben, Geiststraße 1a

Kern- und Toiletteseifen, sowie Seifenpulver und Schuhkreme
finden Händler, Hausierer u. Wiederverkäufer billigst im Stadtgeschäft **Landwehrstr. 3 I**

Bekanntmachungen

Anläßlich der letzten Wahlen sind Häusergrundstücke usw. ohne polizeiliche Erlaubnis mit **Plakaten** aller Art beklebt worden 516

Wir warnen vor der Fortsetzung dieser Handlungen und werden künftige Uebertretungen mit hoher Strafe belegen

Eisleben, den 15. April 1925

Die Polizeiverwaltung Clauß

In Abänderung unserer Bekanntmachung vom 11. März d. J. werden die für den Handel an allen Sonn- und Festtagen, mit Ausnahme des 2. Weihnachts-, des 2. Oster- und des 2. Pfingst-Feiertags freigegebenen Verkaufsstunden mit sofortiger Wirkung wie folgt festgesetzt:

1. Für Handel mit Bäckerei-, Feinbäckerei- und Konditoreiwaren, mit frischem Fleisch, frischen und geräucherten Fischen (auch Krabben) von 7 1/2 bis 9 1/2 Uhr vormittags
2. Für den Handel mit frischem Gemüse, frischem Obst, frischen Blumen und Zeitungen von 11—12 1/2 Uhr mittags

Es wird besonders hervorgehoben, daß der Verkauf von frischem Gemüse, frischem Obst, frischem Fleisch sowie frischen und geräucherten Fischen (auch Krabben) nur in der Zeit vom 1. April bis 30. September gestattet ist 517

Eisleben, den 17. April 1925

Die Polizeiverwaltung Clauß

Schreibwaren Schultafeln usw.
empfiehlt die **Volksbuchhandlungen**
Harz 24/44 und Lerchenfeldstr. 14.

Versammlungen des „Roten Frontkämpfer-Bund"

Ortsgruppe Halle

Alle Kameraden des RFB. und Jungsturms, die sich am Propaganda-Marsch beteiligen, treten pünktlich am Dienstag, 4 1/2 Uhr nachmittags, in der „Produktiv-Genossenschaft" an.

Alle Funktionäre Montag, 20. April, abends 8 Uhr, „Produktiv.", große Sitzung.
Abteilung 18. Dienstag, 21. April, abends 8 Uhr, im Lokal Rottrott, Triftstraße, Abteilungsversammlung.
Abteilung 1. Dienstag, 21. April, 8 Uhr, in der „Goldenen Kette", Pflichtversamml.
Bezirksvorstand. Dienstag, 21. April, abends 8 Uhr, im Löbs Hof, Besprechung.
Abteilung 15. Dienstag, 21. April, 8 Uhr, in der „Schützel", Pflichtversammlung.

Unterbezirk Halle-Saalkreis

Diesdorf. Dienstag, 21. April, abends 8 Uhr, bei Dierfeste; Mitgliederversammlung.

Unterbezirk Delitzsch

Gießen. Mittwoch, 22. April, im Gasthof Rockwitz, Mitgliederversammlung.

Unterbezirk Weißenfels

Langendorf. Jungsturm Mittwoch, 22. April, 8 Uhr, b. Korbeer, Mitgliederversamml.

Versammlungen der Roten Hilfe

Annendorf. Montag, 20. April, abends 8 Uhr, Vertrauensleute und Kassierer Sitzung beim Genossen Ei.
Annendorf. Freitag, 24. April, abends 8 Uhr, öffentliche Werbeveranstaltung mit Unterhaltung im „Deutschen Haus" in Besen.
Montag, 20. April, abends 8 Uhr, im Bureau, Bezirkskomitesitzung.
Dienstag, 28. April, abends 8 Uhr, im Bureau, Ortskomitesitzung.

Druck sachen
aller Art liefert zu zeitgemäßen Preisen die Abteilung Buch- und Kunstdruckerei der Produktiv-Genossensch. e.G.m.b.H., Halle, Lerchenfeldstraße 14. Fernruf: 1045. 1047. 2251. — Verlangen Sie Preisofferten oder den Besuch unserer Vertreter.

Weißenfels 121
Am Saalestrand
Morgen
Schlachtefest
Emil Illig.

Spendet für die „Rote Hilfe"!

Nachruf

Zerspätet erhielten wir die Nachricht, daß unser Genosse

Wilhelm Miedballa

am 11. April verschieden ist [*1198

Wir werden sein Andenken in Ehren halten!

KPD., Ortsgruppe Dölau

Danksagung

Für die große Ehrung, welche unserer teueren Entschlafenen zuteil wurde und uns zu großem Trost gereichte, ist es uns nicht möglich jedem einzelnen zu danken. Wir sprechen deshalb hiermit allen unseren innigsten Dank aus. Dank dem Genossen Schtepe für seine trostreichen Worte am Grabe. Dank den Sangeschwestern des Arbeiter-Sängerchor und der Radfahrer, Ortsgruppe Ammendorf für ihr letztes Geleit

Im Namen aller Hinterbliebenen:
Ludwig Demler
nebst Kindern 1201

Tretet hin zu meinem Grabe,
Stört mich nicht in meiner Ruh';
Denkt, was ich gelitten habe,
Gönnt mir nun die ewige Ruh.

Jeder Wähler, der sich über die Programme der Parteien orientieren will, der lese die aktuelle Schrift von

Emil Eichhorn: Parteien und Klassen im Spiegel der Reichstagswahlen

Oktav-Broschüre (90 Seiten stark) Preis 80 Pf. Zu haben in den Buchhandlungen der Produktiv-Genossenschaft für den Bezirk Halle-Merseburg eGmbH., wie in den auswärtigen Filialen

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019250420-12/fragment/page=0004

Aus der Gewerkschaftsbewegung

Der Ortsausschuß Halle für Arbeitsruhe am 1. Mai

Die Vorstände der freien Gewerkschaften haben im Einvernehmen mit dem Gewerkschaftskartell (Ortsausschuß des ADGB.) Stellung genommen zur Arbeitsruhe am 1. Mai.

Die hallischen Gewerkschaften haben den Beschluß gefaßt, auch in diesem Jahr den 1. Mai durch Arbeitsruhe und eine öffentliche Kundgebung nebst Demonstration zu feiern.

Die Arbeiter, Angestellten und Beamten werden schon jetzt darauf hingewiesen, in ihren Betrieben und Verwaltungen für eine Propaganda zur würdigen Gestaltung des 1. Mai 1925 Sorge zu tragen.

Da in diesem Jahre der 1. Mai auf einen Freitag, also einen Lohntag, fällt, werden schon heute die Betriebs-, Arbeiter- und Angestelltenräte darauf aufmerksam gemacht, eine Verlegung der Lohnzahlung auf den Donnerstag zu erreichen.

Arbeitskolleginnen und -kollegen! Erkennt die Notwendigkeit eines gemeinsamen Zusammenstehens und helft mit allen Mitteln zum Gelingen der Feier.

Maifeierkarten sind ab Donnerstag, den 23. April, in den Gewerkschaftsbureaus zu haben. Die Gewerkschaftsfunktionäre haben sich mit ihren Gewerkschaften über deren Vertrieb zu verständigen.

Ortsausschuß Halle des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes.

*

Die kommunistischen Delegierten beantragten, nicht nur die Arbeit ruhen zu lassen, sondern am Vormittag des 1. Mai einen gemeinsamen großen Demonstrationszug zu veranstalten. Die Redner der SPD. wandten sich gegen diesen Antrag. Sie wären zwar für die Arbeitsruhe, eine Demonstration zu veranstalten lehnen sie aber ab. Der vom Genossen Lüttich gestellte Antrag wurde deshalb gegen die Stimmen der KPD. abgelehnt. Wielepp schlägt vor, sich im „Volkspark" zu treffen. Sollte der Besuch ein guter sein, dann könne immer noch **vom „Volkspark" aus eine Demonstration veranstaltet werden.** Die hallischen Arbeiter haben es also in der Hand, der Bourgeoisie am 1. Mai zu zeigen, daß sie gewillt sind, **den Kampf für den Achtstundentag aufzunehmen.**

Die Demonstration muß gleichzeitig ein gewaltiges Bekenntnis dafür sein, daß die Arbeiterschaft die Mordtaten der hallischen Schupo am 13. März noch nicht vergessen hat.

Deshalb heraus aus den Betrieben!

Heraus auf die Straße!

Zeigt, daß der revolutionäre Wille im Proletariat noch immer lebendig ist.

Gewerkschaftskartell Querfurt für Arbeitsruhe am 1. Mai

In der letzten Sitzung beschäftigte sich das Gewerkschaftskartell in der Hauptsache mit der Maifeierfrage. Nach einer sehr ergiebigen Aussprache wurde **einstimmig beschlossen, die Arbeit vollständig ruhen zu lassen.** Der Vorstand wurde ermächtigt, ein Programm zu einer würdigen Maifeier auszuarbeiten. Vorläufig ist festgelegt, **daß mittags 1 Uhr ein Demonstrationszug mit anschließender Volksversammlung auf dem Marktplatz stattfindet. Der organisierten Arbeiterschaft von Querfurt und Umgebung wird zur Pflicht gemacht, sich restlos an der Veranstaltung zu beteiligen.**

Darum, rüstet tatkräftig zur Maifeier!

Vollversammlung der städtischen Betriebsräte Halle

Der Herrenstandpunkt des Magistrats

Am Dienstag, dem 31. März, tagten im Zeichensaal der Talamtschule die Betriebsräte der Stadtgemeinde Halle, um zum Ablauf des Reichsmanteltarifs, sowie der tarifmäßigen Regelung des Urlaubs Stellung zu nehmen. Mit Ausnahme eines Kollegen vom Schlachthof, dessen Vorgesetzter den Besuch der Versammlung verboten hatte, da er mit seiner Wahl nicht zufrieden wäre, waren alle städtischen Betriebsräte vertreten.

Von Mitgliedern des Gesamtbetriebsrats wurde bekanntgegeben, **daß am 1. April der Reichsmanteltarif und somit auch das vereinbarte Arbeitszeitabkommen vom 1. Juli 1924 abgelaufen sei.** Ein Neuabschluß resp. eine endgültige Vereinbarung zum Reichsmanteltarif sei bis zur Zeit von den abschließenden Parteien nicht getätigt. Der Magistrat glaubt nun, die tarifslose Zeit ausnützen zu müssen und gab am 25. März eine Verfügung betreffs Urlaubsregelung 1925 an die Dienststellen heraus, nach der unter anderem eine Herabsetzung der Urlaubstage von vierzehn auf vier Tage erfolge.

Die Aussprache ergab, daß alle Redner aufs schärfste gegen diese Maßnahmen protestierten und vom Gesamtbetriebsrat verlangten, sofort folgende Forderungen beim Magistrat einzureichen:

1. **Sofortige Wiedereinführung des Achtstundentages** (bisher seit dem 1. 7. 1924 neun Stunden). In Betrieben und Verwaltungen, wo aus technischen Gründen die sofortige Durchführung der Forderung nicht möglich ist, wird die neunte Stunde mit einem Ueberstundenaufschlag von 25 Prozent bezahlt (bisher ohne Zuschlag).
2. Zurücknahme der Urlaubsverfügung vom 25. März und Gewährung des Urlaubs nach den Bestimmungen des Jahres 1924.

Dieser Antrag wurde von den Anwesenden einstimmig angenommen.

*

Der Gesamtbetriebsrat hat pflichtgemäß am 2. 4. 25 diese Forderungen dem Magistrat übermittelt und am 12. 4. den Bescheid erhalten, daß

von seiten des Magistrats diese Anträge abgelehnt werden,

angeblich, weil für diese Fragen der Arbeitgeberverband der Kreise und Gemeinden z. B. Sitz Magdeburg, zuständig ist.

Sollte es den hallischen Magistratsmitgliedern nicht bekannt sein, daß während der langen Bedenkzeit des Magistrats inzwischen in Berlin Vereinbarungen getroffen sind, die auch von der Stadt Halle eingehalten werden müssen und die nichts anderes besagen, als der Arbeiterschaft vorläufig die Rechte des vergangenen Jahres zu gewährleisten.

Die städtischen Arbeiter erkennen aber wieder einmal, wie hier der Magistrat seinen **„Herrenstandpunkt"** im Hause aufsetzt und Tarifbruch begeht. Aber „Treu" ist menschlich, so kann es auch dem hochwohllöblichen Magistrat gehen, wenn er sich noch lange auf die Langmütigkeit seiner Arbeiter stützt, denn die hallischen Gemeindearbeiter sehen jetzt endlich ein, daß man wohl das soziale Verständnis im Munde führt, aber gar nicht daran denkt, sozial zu handeln und sind sie deshalb gezwungen, in Zukunft eine andere Einstellung dem Magistrat gegenüber einzunehmen. Die Betriebsräte werden nunmehr von ihren Rechten Gebrauch machen, die tarifschen Bestimmungen zu überwachen und die Arbeiterschaft über den abermaligen Tarifbruch des Magistrats aufzuklären.

Für die Gemeindearbeiter gilt aber die Pflicht, sich nunmehr geschlossen im Verband der Gemeinde- und Staatsarbeiter zu organisieren.

Mitgliederversammlung des FAV. in Zeitz

Die am 5. April stattgefundene Mitgliederversammlung des Fabrikarbeiterverbandes zeigte ein sehr klägliches Bild von der Aktivität der Kollegen. Trotz der wichtigen Tagesordnung, Stellungnahme zum Verbandstag in Leipzig, waren von den der Zahlstelle angehörenden 1500 Kollegen nur zirka 20 Mann anwesend. Von der Opposition wurde ein Antrag eingebracht, der vom Hauptvorstand verlangte, Schritte bei dem ADGB. zu unternehmen, um den Volksentscheid betreffend des Achtstundentags durchzuführen.

Der erste Bevollmächtigte und Angestellte Hilbert, wand sich wie ein Wurm, um aus dieser heiklen Sache herauszukommen. Er erklärte, **daß durch die Ratifizierung des Washingtoner Abkommens der Achtstundentag auch nicht durchgeführt wird, sondern daß dies letzten Endes eine Machtfrage wäre.**

Mit einem Male kommt es also auch Hilbert zum Bewußtsein, daß die Frage des Achtstundentages eine Machtfrage ist. Vordem hieß es aber anders. Da wurde der Volksentscheid als das alleinseligmachende Mittel bezeichnet.

Aus welchem Grunde mußte denn nun jeder Arbeiter eine 50-Pf.-Marke kleben. Kollege Hilbert ging sogar soweit, zu behaupten, daß die Kollegen in den Betrieben gar nicht den Achtstundentag wollten und es gefährlich wäre, diese Frage jetzt anzuschneiden. Die Kollegen der Opposition sind Hilbert die gebührende Antwort darauf nicht schuldig geblieben.

Von einem parteilosen Kollegen wurde ein Antrag eingebracht, der die **einseitige Einstellung der Gewerkschaftsbureaukratie während der vergangenen Wahl scharf verurteilte.** Der Parteisekretär Bach, der jedenfalls an chronischer Begriffsverwechselung leidet, erzählte, daß doch auch der „Klassenkampf" und die „Sächsische Arbeiterzeitung" für Thälmann Propaganda trieben. Für so dumm hätten wir Bach natürlich nicht gehalten. Er weiß nicht, daß diese Zeitungen Organe der KPD. sind und von dem revolutionären Arbeitern erhalten werden; die Gewerkschaftszeitungen sollen doch aber politisch neutral sein. Der Antrag wurde dann in der Form angenommen, den Hauptvorstand zu verpflichten, im „Proletarier" zu schreiben: **„Wählt revolutionäre Arbeitervertreter."**

Der der Versammlung fern gebliebenen Kollegen sei gesagt, daß sie endlich ihre Interessenlosigkeit abstreifen müssen. Es hat keinen Zweck nur in den Betrieben auf die Bonzen und hohen Beiträge zu schimpfen. Aktive Mitarbeit tut noi, um die Gewerkschaften zu wirklichen Machtinstrumenten der Arbeiter auszubauen.

Wahl zum Verbandstag der Holzarbeiter

Eine Backpfeife für die SPD.

In **Alsleben** an der Saale wurden bei der Wahl der Delegierten zum Verbandstag der Holzarbeiter für unseren **Genossen Frühauf 37** und für den Kandidaten der SPD. ganze 2 Stimmen abgegeben.

Als Delegierter zum Gewerkschaftskongreß erhielt **unser Genosse Lehmann 38** und Bauer von der SPD **eine** Stimme.

Die vernichtende Niederlage der SPD. ist ein Erfolg unserer Gewerkschaftsarbeit. Die Arbeiter anderer Gewerkschaften, auch an anderen Orten, sollten dieses Wahlergebnis sich zum Vorbild nehmen und versuchen, gleiche Resultate zu erzielen.

Kommunistische Gewerkschafter in Weißenfels

Am Dienstag, dem 21. April, abends 8 Uhr, findet im „Tivoli" eine Fraktionssitzung statt. Jeder Genosse muß unbedingt erscheinen.

Vereitelte Spaltung des Kartells in Delitzsch

Es ist noch nicht allzu lange her, als die Zentrale des ADGB. das Bezirkskartell Halle-Merseburg diktatorisch beseitigte und einen neuen Diktator für das Bezirkskartell einsetzte.

Die Hauptaufgabe dieses Bezirkskartells besteht nun darin, **alle kommunistischen Ortsausschüsse zu beseitigen oder zum mindesten die Kommunisten auszuschalten.** So hatten sich auch die Gewerkschaften in Delitzsch auf rein demokratischer Grundlage einen **kommunistischen Ortsausschuß gewählt.** Dies paßte dem eingesetzten **Bezirksdiktator Wernicke,** sowie einigen anderen SPD.-Größen am Orte nicht in den Kram. Sie beriefen deshalb zum 7. April im Ring zu Delitzsch, durch besondere Einladung, alle SPD.-Größen und solche, die nicht kommunistenverdächtig waren, zu einer Besprechung zusammen.

Trotzdem an dieser Besprechung nur ganz wenige Kartelldelegierte teilgenommen haben, **beschäftigte sich diese Sitzung mit der Bildung eines Ortsausschusses.**

Zum größten Erstaunen der Reformisten hatten sich auch eine Anzahl kommunistische Kartelldelegierte eingefunden, die den Reformisten ihrer Meinung Ausdruck gaben und Rechenschaft für dieses gewerkschaftszerstörende Tun und Treiben verlangten. Die Anwesenheit der Kommunisten war den SPD.-Größen zwar nicht angenehm, denn sie konnten nun nicht mehr so ungestört ihr Herz über die bösen Kommunisten ausschütten.

Trotzdem hat die Aussprache vielleicht bezweckt, daß die SPD.-Arbeiter künftig im Kartell ihre kommunistischen Kollegen zu ihrem eigenen Vorteil unterstützen. Ist dies der Fall, dann hat auch dieser Abend noch einen Wert gehabt. Mit der Neugründung in aller Stille wurde es diesmal nichts.

Die Arbeiter in den Betrieben können hieran erkennen, wo in Wirklichkeit die Zerstörer an der Arbeiterbewegung sitzen. Die Reformisten faseln von Demokraten und allen schönen Dingen, werfen aber alle demokratischen Grundsätze auch in den Gewerkschaften über den Haufen, wenn bei Anwendung der Demokratie ihr Einfluß ausgeschaltet wird. Sie scheuen in solchen Momenten vor keiner Diktatur zurück. Sie spalten die Bewegung, um nur ihr Ziel durchzusetzen.

Diese sozialistischen Führer wollen die Arbeiter durch die eingesetzten reformistischen Diktatoren gegenüber dem Kapital in die Defensive drängen. **Sie wollen den Kampf verhindern. Diesmal ist den Reformisten in Delitzsch ihr Treiben mißglückt. Arbeiter, haltet die Augen offen und wählt Euch kommunistische Ortsverwaltungen in den Gewerkschaften und damit auch kommunistische Delegierte zum Ortskartell. Nur so könnt Ihr Eure Rechte als Gewerkschafter wahren und Spaltungsabsichten verhindern.**

Bauarbeiteraussperrung in Nordwestdeutschland

Im Stadtgebiet Hamburg, Altona, Wandsbek, Harburg, in der Provinz Schleswig-Holstein, im ganzen Unterelbegebiet und in Teilen der Provinz Hannover, bis einschließlich Lüneburg, haben die Unternehmer des Baugewerbes aus Anlaß von Lohndifferenzen die gesamten Arbeitnehmer des Baugewerbes ausgesperrt. Jeglicher Zuzug von Bauarbeitern in das bestreikte Gebiet ist strengstens zu melden.

Gewerkschaftsmitglieder wählen Thälmann!

Wie bei der Reichstagswahl am 7. Dezember und der Präsidentenwahl am 29. März, so setzen die reformistischen Gewerkschaftsbureaukraten ihren gesamten Gewerkschaftsapparat auch bei der Wahl am 26. April in Bewegung, um in der einseitigsten Weise, für den von der Sozialdemokratie aufs Schild gehobenen Kandidaten Propaganda zu machen. Wenn die Gewerkschaftsführer bis dahin noch für einen Sozialdemokraten eintraten, so scheuen sie sich nicht, heute für den Zentrumspfaffen Marx, als das kleinere Uebel gegenüber Hindenburg, einzutreten. Wählt den Republikaner und Demokraten Wilhelm Marx, wer Thälmann wählt, wählt Hindenburg, so schreien sie in allen Gewerkschaftsblättern.

Das Organ des Gemeinde- und Staatsarbeiterverbandes bringt es fertig, für Marx unter der Begründung Stimmung zu machen, daß der Monarchist und Generalfeldmarschall Hindenburg als Reichspräsident mit dem Artikel 48 der Verfassung regieren und eine Militärdiktatur aufrichten würde.

Wir wollen den Gewerkschaftsbureaukraten ihr Gedächtnis schärfen und darauf hinweisen, daß es die Arbeiter noch nicht vergessen haben, daß unter der Regierung Marx, mit Ebert als Reichspräsident an der Spitze, die in Sachsen zu Recht bestehende, verfassungsmäßige Regierung ihrer Funktion enthoben und in die Flucht geschlagen wurde. **Ausgerechnet Marx war es, der die Militärdiktatur einsetzte, Arbeiter ermorden ließ und massenhaft ins Zuchthaus steckte, Streiks verbot und anderes mehr.**

Die „Volgarbeiterzeitung" vom 18. April schreibt deshalb auch in einem lichten Augenblick:

Volksrepublik oder Geldsackrepublik?

Die Vertreter des demokratisch-republikanischen Gedankens aus der ersten Hälfte des vorigen Jahrhunderts würden, wenn sie nicht bereits gestorben wären, eine ungeheure Enttäuschung erleben über die praktische Ausgestaltung dieses Gedankens. Sie würden in der heutigen Demokratie und Republik kaum noch eine Spur ihres Ideals wiedererkennen, für das sie gekämpft und gelitten haben.

Es heißt dann weiter:

In Wahrheit herrscht in unserer Republik, wie in anderen modernen Republiken, nicht das Volk, sondern der Geldsack, weshalb man nicht von einer Volks- sondern von einer Geldsack-Republik sprechen muß.

Ein ausgesprochener Vertreter dieser Geldsack-Republik ist der von der Sozialdemokratie jetzt vorgeschlagene Zentrumsmann Wilhelm Marx.

Das Schwerkapital, als der größte Feind des Proletariats, ist sich der Zuverlässigkeit dieses Mannes durchaus bewußt; war er es doch, der ihnen die 715 Millionen Goldmark in den Schlund geschoben hat. Marx war es, der auf dem Zentrumsparteitag 1924 sagte:

„In schwerster Zeit haben wir den Achtstundentag beseitigt . . . Einen schematischen Achtstundentag werden wir nicht mehr einführen können. Wir verlangen von der Arbeiterschaft Ordnung, Fleiß und Arbeitseifer. . . ."

In Anerkennung dieser Tatsachen wurden die dem Loebell-Ausschuß aus „potenten Kreisen" zur Verfügung gestellten 130 000 Mk., zum Zwecke der Wahlpropaganda für Jarres, mit dem Bemerken zurückgezogen, daß eine Kandidatur „Hindenburgs" wirtschaftlich nicht tragbar sei. Diese „potenten Kreise" (Schwerindustrie) waren sich bewußt, daß Marx ihre Geschäfte besser zu vertreten in der Lage wäre.

Einem solchen Manne sollen nun, wenn es nach dem Willen der Sozialdemokraten und der reformistischen Gewerkschaftsführer geht, die Arbeiter am 26. April die Stimme geben.

Die revolutionären Gewerkschafter werden es ablehnen einer solchen Parole Folge zu leisten.

Marx oder Hindenburg: Das Programm ist dasselbe.

Marx und Hindenburg, sind die Vertreter der schwarzweißrotgelben Konterrevolution.

Deshalb keine Stimme für Marx oder Hindenburg.

Jede Stimme des klassenbewußten Gewerkschafters gehört dem Transportarbeiter Ernst Thälmann.

Der Braunschweiger Sattler- und Tapezierer-verband für Thälmann

Die Mitgliederversammlung des Sattler- und Tapezierer-verbandes, Ortsgruppe Braunschweig, nahm nach einem Referat über „Die Reichsverfassung im Lichte des Proletariats", nachfolgende Resolution an:

Die Mitgliederversammlung des Sattler- und Tapezierer-verbandes bringt zum Ausdruck, daß ihre Interessen in keinem kapitalistischen Staate, ob monarchistischem oder republikanisch-demokratischem, wahrgenommen werden. Dieses kann nur geschehen in einer Arbeiter-Republik. Nach den Ausführungen des Kollegen K. ist die Versammlung davon überzeugt, daß sie für keinen bürgerlichen Präsidentschaftskandidaten eintreten kann. Weder für einen Deutschnationalen, noch für den Zentrumskandidaten Marx, der seine Direktiven von Rom und seinen kapitalistischen Auftraggebern bekommt. Darum: Alle Stimmen am 26. April nur dem Arbeiterkandidaten Ernst Thälmann.

*

Eine Vertrauensmännersitzung des Deutschen Verkehrsbundes, Ortsverwaltung Stadthagen, die von 15 Ortschaften der Umgebung Stadthagens und Mindens besucht war, nahm unter Punkt: „Präsidentenwahl" folgende Resolution an:

„Die Vertrauensmännersitzung des Deutschen Verkehrsbundes am 10. April 1925 stellt sich nach einer ausgiebigen Diskussion über die Reichspräsidentenwahl hinter ihren Berufskollegen und einzigsten Vertreter der Arbeiterschaft: Ernst Thälmann. Sie verurteilt aufs schärfste die Haltung der SPD., welche versucht, die Arbeiterschaft an die katholischen Pfaffen und den Kapitalsvertreter Marx auszuliefern.

Alle Mitglieder des Deutschen Verkehrsbundes, Reichs- und Staatsarbeiter, See- und Binnenschiffer, Transport- und Verkehrsarbeiter, fordern wir hiermit auf, durch die Stimmenabgabe für den Kollegen Ernst Thälmann am 26. April zu bekunden, daß sie gewillt sind, gegen die Ausbeuter und ihre Organe, und für ausreichende Löhne, Achtstundentag und Beseitigung der Steuerlasten zu kämpfen."

Diese Resolutionen sind ein erfreuliches Anzeichen für den beginnenden Selbstbesinnungsprozeß innerhalb der organisierten Arbeiterschaft. Sie sind ein neuer Beweis für die Revolutionierung der Gewerkschaftskollegen, für das Anwachsen des Vertrauens zur Kommunistischen Partei, der einzigen Arbeiterpartei, und dem einzigen Arbeiterkandidaten Ernst Thälmann, auch in den Reihen der Gewerkschaftsmitglieder. Sie zeigt, daß sich auch in den Reihen der Gewerkschafter die klare Erkenntnis der Klassenlage des Proletariats mehr und mehr Bahn bricht.

Die Gewerkschaftsmitglieder haben mit dieser Stellungnahme nicht nur dem Kapital, sondern auch jener Gewerkschaftsbureaukratie den Kampf angesagt, die es wagt, ihren gesamten, von der Arbeiterschaft geschaffenen und bezahlten Beamtenapparat, wie ihre unzähligen Gewerkschaftsblätter, in den Dienst des Kapitals zu stellen.

Denn nichts anderes bedeutet der Aufruf der reformistischen Gewerkschaftsspitzen für den Ermächtigungs- und Zuchthauskanzler Marx, den Vertreter der Schwerindustrie und der katholischen Kirche. Mit Recht lehnen sich die Gewerkschaftsmitglieder gegen eine derartig arbeiterschädliche Handlungsweise der Gewerkschaftsführer auf.

In allen Orten müssen die Gewerkschaftsmitglieder in ihren Versammlungen, wie im Ortskartell Stellung nehmen zur Frage der Reichspräsidentenwahl. Ueberall müssen sie sich nach eingehenden, aufklärenden Referat über die Bedeutung dieser Wahl für das revolutionäre Proletariat

in Resolutionen für die Wahl des Arbeiterkandidaten Ernst Thälmann entscheiden.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019250420-12/fragment/page=0005

Halle und Saalkreis

Der Raub des Achtstundentages

(Von unserem Arbeiterkorrespondenten Fe.)

Die erbärmlichste Rolle in der Frage des Achtstundentages spielt die SPD Jedesmal, wenn eine Wahl vor der Tür steht, gebärdet sie sich radikal und gibt sich als Verfechterin des Achtstundentages aus. Es ist notwendig, auf die Haltung der SPD. in dieser Frage einzugehen. Unsere Genossen werden bei der Agitation im Betriebe den Klassengenossen, der noch zur SPD. hält, darauf hinzuweisen haben, daß gerade die Sozialdemokratie kampflos den Raub des Achtstundentages nicht nur duldet, sondern daß sie den Raub gebilligt hat aus Gründen der „Interessen der deutschen Wirtschaft", wie sie sich auszudrücken beliebt. In unsere proletarische Sprache übersetzt, heißt das eben, sie ist den **Geldsackinteressen der Schwerindustrie** nachgekommen. Doch der sozialdemokratische Wahlschwindel, daß die Herren von der SPD. Kämpfer für den Achtstundentag wären, kann bald zerstört werden. Einige Tage vor Annahme des Ermächtigungsgesetzes am 3. Oktober 1923 schrieb der „Vorwärts" zu dieser Frage:

„Die Gewerkschaften sind bereit, ihren ganzen Einfluß auszuüben, damit notwendige Ueberstundenarbeit in anderen Industriezweigen geleistet werden kann ...

Die sozialdemokratische Fraktion wird ihre ganze moralische Autorität einsetzen, um überall dort zur Mehrleistung, zur Mehrerzeugung zu kommen, wo es im Interesse der deutschen Wirtschaft erforderlich ist."

Durch die Zustimmung zu den Ermächtigungsgesetzen hat die SPD. dann auch offiziell die Verantwortung für den Raub des Achtstundentages übernommen, und es ist eine elende Heuchelei, wenn sie heute so tut, als ob lediglich die schwarzweißrote Reaktion daran schuld wäre, wenn wir Proleten länger schuften müssen. **Diese demagogische Wahlmache muß entlarvt werden.** Die Wesensverwandschaft der SPD. mit den kapitalistischen Koalitionsbrüdern (Zentrum, Demokraten) ist nicht zu leugnen.

Der Mischmaschmostrichkandidat Marx war der Kanzler, unter dem der Achtstundentag der Arbeiterschaft genommen wurde. Die teilweise gesetzwidrigen Verordnungen Eberts führten zu einer gründlichen Durchlöcherung der Verfassung und stärkten der Reaktion weiter das Rückgrat. Aus diesem Grunde hat Ebert auch im bürgerlichen Lager überall einen so warmen Nachruf gefunden.

Es ist eine verhängnisvolle Illusion, wenn die Arbeitsbrüder glauben, die SPD wäre noch eine proletarische Partei. Das Resultat des ersten Wahlganges zur Reichspräsidentenwahl zeigt, daß viele Proleten diesem Irrtume erlegen sind. Sie müssen den Mut aufbringen und die Konsequenzen ziehen, dieser Partei des Arbeiterverrates den Rücken zu kehren und sich dort organisieren, wo sie hingehören:

in der Kommunistischen Partei.

Nur die KPD. hat Anspruch und Recht, als Verfechterin des Achtstundentages den Massen der werktätigen Bevölkerung gegenüberzutreten. Den Arbeitern der Opposition der SPD. muß klar werden, daß sie mit dem verlotterten Führerklüngel ihrer Partei keinen Blumentopf mehr gewinnen können. Außerdem ist die sozialdemokratische Problemstellung in allen Fragen der inneren und äußeren Politik falsch und entspricht nicht den proletarischen Interessen. Das haben bis jetzt immer die Auswirkungen bewiesen, welche die Arbeiter am eigenen Leibe spüren.

Wer von den Arbeitern, dem Achtstundentagräuber und 715-Millionen-Marx seine Stimme bei der Reichspräsidentenwahl gibt, gibt sich selbst eine schallende Ohrfeige.

Manche Sozialdemokraten behaupten sie seien Marxisten. Nun, das stimmt, sie sind von Karl Marx zu den pfäffisch-reaktionären Wilhelm Marx herabgesunken.

Jede Verlängerung der Arbeitszeit bedeutet eine Erhöhung des absoluten Mehrwertes und eine Erhöhung der Profitrate des Unternehmers. Das ist nach der Mehrwerttheorie von Karl Marx erwiesen. Die jetzige SPD. schwört aber mehr auf Wilhelm Marx als auf Karl Marx. In ihren Aufrufen ist immer sehr viel die Rede von „staatspolitischen Notwendigkeiten" und vom „kleineren Uebel". Beim näheren Betrachten dieser doppelzüngigen Politik enthüllt sich das Ganze als Katzbalgerei um Regierungspfründe. Die 8 Millionen sozialdemokratischer Stimmen werden um einen Ministersessel verschachert, und Braun darf vielleicht bis zum zweiten Wahlgange in Preußen Minister spielen.

Die Kuhhandelei dieser Kompromißler läßt einem Ekel aufsteigen. Von 1914 bis auf den heutigen Tag hat die SPD. weiter nichts getan, als die Arbeiterforderungen und -rechte preisgegeben.

Der ehrliche Wille zum Kampfe fehlt. Daher die Abwürgung aller Streiks, die die Wiedererringung des Achtstundentages zum Ziele haben.

Darum, Arbeitskollegen, zieht die Konsequenzen, lest die kommunistische Presse und werbt Mitglieder der KPD. Reiht Euch ein in die rote Klassenkampffront und kämpft mit uns Schulter an Schulter für den Achtstundentag, für menschenwürige Entlohnung.

Die Diktatur der Schwerindustrie muß durch die Diktatur des Proletariats abgelöst werden. Am 26. April gebt Eure Stimme dem einzigen Arbeitervertreter, dem Hamburger Arbeiter

Ernst Thälmann!

Sie möchten gern und können nicht

Nämlich den Jugendlichen eine Strafe aufknallen, die in der Sache des Genossen Doll als Zeugen geladen waren und

auf Betreiben des Oberleutnants Pietzker

des Landsfriedensbruches angeklagt waren. Die Genossen Mieth und Knittel, sowie Genossin Martha Ganzer erhielten vom Gericht ein Schreiben, wonach sie „außer Verfolgung gesetzt werden, weil die Voruntersuchung einen hinreichenden Verdacht der Begehung dieser Vergehen" nicht ergeben hat.

Trotzdem aber ist gegen den Genossen Doll das Verfahren eröffnet worden. Für dies Verhalten des hohen Gerichts, dem Staatsautorität alles und Logik nichts ist, gibt es nur eine Erklärung: daß man nicht zugeben will, den Genossen Doll zwei Monate unschuldig im Gefängnis gelassen zu haben.

S. M., General des Reichsbanners Schwarz-Rot-Gold, Hörsing geruhen, nicht im roten Herzen Deutschlands zu sprechen

(Von einem Arbeiterkorrespondenten)

Als wir den Saal betraten, bemerkten wir, daß nicht Hörsing sprach, sondern ein leiblicher kaiserlich-königlicher General, namens Körner, aus Oesterreich. Schon aus seinen ersten Ausführungen merkten wir, daß dieser Mann niemals die Not des Proletariats kennen gelernt hat. In nationalistischen Phrasen versuchte der General a. D. den Erschienenen plausibel zu machen, daß als Regent der „freien deutschen Republik" nur Marx in Frage kommen kann. Nach einigen anfeuernden Worten, für den („Marxisten") Marx zu stimmen, verließ er unter Handeklatschen und Fußgetrommele das Rednerpult.

Für den „krankgewordenen" Hörsing (vielleicht auch die Barmatkrankheit?!!) war der Polizeipräsident Krüger von Magdeburg erschienen. Auch er wollte an nationalistischen Phrasen hinter seinem Vorredner nicht zurückstehen. Er pries den Versammelten die Tätigkeit des verstorbenen Reichspräsidenten Ebert an und betonte, daß er seine Amtsrechte nur in den Dienst des (kapitalistischen) Volkes gestellt hat. Er sagte weiter: **„Einen sozialistischen Kandidaten können wir nicht aufstellen, weil damit der Sieg der Republik gefährdet ist."**

Unlautere Geschäfte!

Nicht nur der Unternehmer und sogenannte „Brotgeber" ist es, der die Arbeiter rücksichtslos ausbeuten und um den Lohn ihrer Arbeit betrügen kann, ohne bestraft zu werden. In der letzten Zeit tauchen besonders viel „Firmen" auf, die alle unter dem Deckmantel eines reellen Geschäftes die große Volksmasse schröpfen und betrügen, wo sie nur können. Es ist darum notwendig, das Wesen einiger solcher Geschäfte zu beleuchten.

Der Darlehnsschwindel!

Es sind meist große Firmen, die sich im ganzen Reiche durch Inserate in den bürgerlichen Zeitungen „Tüchtige Vertreter" suchen. Bei der ungeheuren Erwerbslosigkeit melden sich hierauf viele Beschäftigungslose, die weiter nichts zu tun haben, als in den bürgerlichen Zeitungen Inserate mit der Ankündigung einzurücken, daß Darlehen gegen monatliche Ratenrückzahlung ausgeliehen werden. Die sich meldenden Darlehnssucher, deren es, angesichts der großen Notlage, nicht wenig gibt, unterschreiben bei dem Vertreter einen sogenannten Antrag auf Bewilligung eines Darlehns und zahlen hierbei im voraus einen sogenannten Kostenvorschuß für Auskunft, Portis usw. Dieser Vorschuß, dessen Höhe sich ganz nach der Höhe des Darlehns richtet und meistens nicht niedrig ist, fließt teilweise in die Tasche des Vertreters, anderenteils in die Kasse der „Kreditanstalt". Geld erhält der Darlehnssucher in den allerseltensten Fällen und nur dann, wenn er so große Sicherheiten bieten kann, auf die ihm auch jede andere Bank am Wohnort zu bedeutend günstigeren Bedingungen ein Darlehen aushändigt. **Von 10 000 Antragstellern werden 9999 unter Angabe der verschiedensten Gründe abgewiesen.** Entweder ist die Auskunft nicht gut ausgefallen, dann wieder reicht die Sicherheit nicht aus, da die meisten Mobiliare zu den Gegenständen des täglichen Bedarfs gehören und aus diesem Grunde nicht pfändbar sind. In den meisten Fällen wird **jede Angelegenheit monatelang verschleppt,** bis der Antragsteller, mutlos geworden, auf das nachgesuchte Darlehn verzichtet. Trotzdem finden sich immer wieder neue Antragsteller, die sich gewöhnlich durch eine Liste bewilligter (!!) oder ausgezahlter Darlehen blenden lassen. Diese Listen bedeuten meistens einen ganz niederträchtigen Trick. Sie enthalten Namen und Adressen von Personen, denen ein Darlehn bewilligt wurde. Erkundigt man sich dann näher, erfährt man immer wieder, **daß die Firma wohl ein Darlehn bewilligt hat, daß aber der Darlehnssucher freiwillig Verzicht leistete, da die Bedingungen, unter denen das Geld zur Auszahlung gelangen soll, so gut wie unerfüllbar sind.** Wendet sich der Betrogene beschwerdeführend an die „Kreditanstalt" und stützt sich hierbei auf die Versprechungen des Vertreters, so wird immer auf den unterschriebenen Antragschein Bezug genommen, der meistens die schöne Klausel enthält: **„Mündliche Abmachungen haben keine Gültigkeit".** Vielfach kommt es natürlich vor, daß ein auf diese Art Betrogener Anzeige erstattet. Der Erfolg ist immer der, daß der Vertreter, der in den allermeisten Fällen selbst zu den Betrogenen gehört und auf Grund seiner Listen über bewilligte oder ausgezahlte Darlehen bis zum allerletzten Augenblick auf die Ehrlichkeit der von ihm vertretenen Firma schwört, wegen Betrugs bestraft wird. **Die unlauteren Bankgeschäfte existieren aber fröhlich weiter und schröpfen täglich Tausende von Antragstellern um die letzten Pfennige.** Sie haben genügend Geld, um mit Hilfe eines tüchtigen Advokaten immer wieder durch die Hintertüren des Gesetzes zu entschlüpfen.

Frauenhilfe

In versteckter Form wird hier in kleinen Inseraten den Frauen ein **Mittel gegen Schwangerschaft** angeboten. Natürlich ist das Mittel nicht billig, dafür aber wertlos, aber immerhin viele sind es, die trotz mancher schlechten Erfahrung sich immer wieder verleiten lassen und zu solch einem Mittel greifen. **Das Geld ist fort, der Erfolg bleibt natürlich aus und in der Verzweiflung versucht man es wieder mit einem neuen teueren Mittel, das natürlich auch nicht hilft.** Auch diese Betrüger wissen sich in den allermeisten Fällen immer geschickt aus der Schlinge zu ziehen. Die Frauen sollten sich derartiger, oft gesundheitsschädlicher Mittel grundsätzlich nicht bedienen, dafür aber **mit erhöhter Aktivität für die Beseitigung des Abtreibungsparagraphen kämpfen.** Nur so kann diesen betrügerischen Geschäftsleuten das unsaubere Handwerk gelegt werden.

Patentschwindel!

Auch ein Geschäftszweig, der auf die Dummheit der breiten Masse spekuliert und in der Sonne unserer heutigen Gesetze und Gerichte in höchster Blüte steht. Wie viele Arbeiter gibt es wohl, die irgendeine neue Idee haben? Verbesserungen an Maschinen, allerlei praktische Gegenstände und dieses andere entsteht in den Köpfen der Arbeiter. Wiederum sind es **vielversprechende Inserate, die den Erfinder an irgendein auswärtiges Patentinstitut verlupfen.** Es würde zu weit führen, den Geschäftsgang zu erläutern. Der Erfinder ist jedenfalls in den allerweisten Fällen der Betrogene. Selbst wenn er einen Garantieschein von dem Patentinstitut ausgestellt erhalten hat, geht er leer aus oder wird mit wenigen Mark abgespeist, während eine gute Idee **dem betrügerischen Institut oft Riesensummen einbringt.** Natürlich ist es auf Grund unserer heutigen Gesetze nicht möglich, den Schaffenden gegen derartige Betrügereien in Schutz zu nehmen. **Gerade das Patentgesetz ist derartig lückenhaft und die Patentanmeldung mit so hohen Unkosten verknüpft, daß derartigen Betrügern dadurch direkt Vorschub geleistet wird.**

Weitere Sumpfpflanzen!

gibt es noch in so großer Anzahl, daß es in den Spalten einer Tageszeitung gar nicht möglich ist, sie alle nur zu erwähnen. Da gibt es noch **Versandgeschäfte, Adressensammler, Wettkonzerne, Lotterien, Abzahlungsgeschäfte, Porto- und Spesenbetrüger und viele andere, die alle zum weitaus größten Teil durch betrügerische Manipulationen der unwissenden minderbemittelten Bevölkerung die letzten Groschen aus der Tasche stehlen,** ohne daß ihnen von **irgendeinem Gericht auch nur ein Härchen gekrümmt wird.**

So reisen augenblicklich in Halle **Photographen einer Dresdener Firma** umher, die Grundstücksaufnahmen machen und die Anwohner der betreffenden Häuser durch allerlei Versprechungen zu Bestellungen veranlassen. So sagen diese Reisenden oft, daß sie selbst in einigen Tagen wieder vorsprechen und die fertigen Photographien vorlegen und daß der Besteller bei Nichtgefallen der Bilder seinen Auftrag zurückziehen kann. Es kommt aber anders. Die Bilder werden einfach per Nachnahme dem Besteller zugesandt. Verweigert dieser die Annahme der Sendung, da mit dem Reisenden etwas anderes vereinbart ist, so geht die Firma klagbar vor und beruft sich auf die Unterschrift des Bestellers. **Mündliche Abmachungen haben ja keine Gültigkeit.**

Die Arbeiterschaft sei vor derartigen Geschäften dringend gewarnt. **Ehe man etwas unterschreibt,** überlege man sich genau, **was man unterschreibt** und beachte auch, daß mündliche Abmachungen keinerlei Gültigkeit haben. Bezeichnend ist es noch, daß sich alle **diese betrügerischen Geschäfte nur durch Inserate in der bürgerlichen Presse halten können.** Geld stinkt nicht, und wenn es bezahlt wird, sind die **bürgerlichen Zeitungen** immer gern bereit, **derartigen Betrügern Opfer aus den Kreisen der schaffenden Bevölkerung zuzuführen.** Durch Reformen läßt sich hier nichts mehr ändern. Aus den wenigen Beispielen, die wir hier anführten, kann man deutlich ersehen, wie faul das heutige Gesellschaftssystem ist.

Den Betrügern wird erst dann, mitsamt der käuflichen bürgerlichen Presse, ein für allemal das Handwerk gelegt, wenn an Stelle dieser kapitalistischen Republik die proletarische Republik der Arbeiter und Bauern gesetzt wird.

Eine große Angst hatte man vor der Diskussion. Als der Genosse K. die Versammlungsleitung ums Wort zur Diskussion bat, brüllte Gottlieb Kasparek von der Bühne herunter: **„Mache Dich weg, Du Lump, oder . . ."** (unverständlich). Wir empfehlen allen kommunistischen Wählern, sich selbst einmal von dem Niveau sozialdemokratischer Versammlungen zu überzeugen. Wir rufen allen klassenbewußten Arbeitern und Angestellten zu:

Gebt diesen Vertretern der schwarzweißrotgoldenen Reaktion keine Stimme, jondern quittiert die Rechnungen mit der Stimmenabgabe am 26. April für den einzigen Arbeiterkandidaten

Ernst Thälmann.

Bekanntmachung des Magistrats

Die Hilfeleistung der Feuerwehr in Brand- und Unglücksfällen, sowie zur Beseitigung von Verkehrshindernissen oder Abwehr einer öffentlichen Gefahr erfolgt innerhalb des Stadtgebietes Halle unentgeltlich.

Für das Verhalten bei Brandfällen gilt Nachstehendes:

1. Bei Schadenfeuer sofort Feuerwehr rufen, nicht erst, wenn Feuer gefahrdrohend ist.
2. Alarmierung durch Feuermelder oder Fernsprecher 7777 bzw. durch die nächste Polizeiwache.

Jedermann muß nächstgelegenen Feuermelder kennen, Hauspersonal und Kinder belehren! Fernsprechmeldung langsam und deutlich. Ort des Brandes nicht vergessen. Unfälle, Schornstein- oder Achengrubenbrände nur durch Fernspruch melden, alles übrige durch Feuermelder oder Fernspruch.

3. Mißbräuchliche Benutzung der Feuermelder schädigt Sicherheit der Bürgerschaft. Ermittlung von Tätern ist organisiert, schwere Strafe.

Vom Feuer Bedrohte beachten Nachstehendes:

Ruhe bewahren, vernünftig handeln. Feuerwehr sofort alarmieren. Brennende Räume dicht abschließen, bringe zwischen Dich und Brandherd möglichst viele geschlossene Türen. Tür nach Treppe stets geschlossen halten (sehr wichtig!). Ist Weg über Treppe unbenutzbar, zurückbleiben. Gefährdete Personen zeigen sich der Feuerwehr am Fenster. Niemals auf Zuruf des Publikums herabspringen, nur Anordnungen der Feuerwehr befolgen.

In verqualmten Räumen auf Fußboden kriechen, nasses Tuch vor Mund und Nase.

Brennende Personen am Fortlaufen verhindern, zu Boden werfen und wälzen, deren Kleider nicht abreißen, sondern mit fremden Kleidern oder Decken fest umhüllen, dann erst begießen. Umgehend Arzt rufen.

Sonstiges:

Im Interesse der Allgemeinheit ist bei Branddirektion eine „Abteilung Feuerschutz" eingerichtet, welche gegen geringe Gebühr auf Wunsch Interessenten in allen Feuerschutzfragen (Gutachten, Nachprüfungen u. a.) behilflich ist.

Hallische Inderziffern

vom 15. April 1925 laut Berechnung des Statistischen Amtes (auf der Grundlage der fünfköpfigen Normalfamilie, bezogen auf 1913/14 = 1):

1. Gesamtindex, d. i. Lebenshaltung einschl. Bekleidung 1,15 (Veränderung gegenüber der Vorwoche (—).
2. Lebenshaltung ohne Bekleidung, d. i. Ernährung, Wohnung, Heizung und Beleuchtung . . . . . 1,12 (—).

Im einzelnen lautet der Index für:

3. Ernährung . . . . . 1,24 (+ 0,8 Prozent);
4. Heizung und Beleuchtung . . . . . 1,71 (—);
5. Wohnung (zwei Zimmer und Küche, Friedensmiete ohne Nebenabgaben 320 Mk.) . . . . . 0,75 (—);
6. Bekleidung . . . . . 1,39 (—).

* **Zentralverband der Zimmerer, Zahlstelle Halle.** Morgen, Dienstag, den 24. April, abends 7½ Uhr, im „Gewerkschaftshause": Wichtige Delegiertensitzung. Jede Baustelle und jeder Zimmerplatz unbedingt vertreten sein.

Löbejün

In der am 17. April abgehaltenen Stadtverordnetensitzung wurde über den Haushaltsplan für 1925/26 und die Festsetzung der Kommunalzuschläge beraten. Die sieben KPD.-Vertreter und ein SPD.-Mann stimmen gegen und acht bürgerliche und ein SPD.-Vertreter für den Haushaltsplan. — Die Kommunalzuschläge, bestehend in 320 Prozent Zuschlag zur staatlichen Gewerbesteuer und 280 Prozent zur Grundvermögens- und Lohnsummensteuer wurden aber sowohl von den bürgerlichen wie auch von den KPD.- und SPD.-Vertretern einstimmig abgelehnt. Hierdurch ist die Möglichkeit einer erneuten Auflösung und Neuwahl der hiesigen Stadtverordnetenversammlung gegeben. Die KPD.-Vertreter ließen sich davon leiten, einer weiteren steuerlichen Belastung der proletarischen Massen nicht zustimmen zu können.

Aus der Jugendbewegung

Kommunistische Jugend, Ortsgruppe Halle

Heute abend, pünktlich um ½8 Uhr, in der „Produktiv-Genossenschaft": Ortsvorstandssitzung. Die Wichtigkeit der Tagesordnung erfordert es, daß alle Mitglieder des Ortsvorstandes bestimmt und pünktlich erscheinen.

Dienstag: Turnen in der bekannten Turnhalle.

•

Jung-Spartakus-Bund

Dienstag, den 21. April, ½6 Uhr, in der Produktiv-Genossenschaft: Funktionärsitzung. Alle Funktionäre haben unbedingt zu erscheinen.

Theater und Konzerte

* **C.-T. Riebedplatz.** „Feuer an Bord", heißt der 7aktige Film einer nordischen Filmgesellschaft, der im neuen Programm des C.-T. zur Vorführung gelangt. Die Handlung spielt sich größtenteils auf einem Schiffe ab, das Schießpulver als Schmuggelware an Bord führt. Natürlich spielt auch in diesem Film wieder der alleinige Besitz eines Weibes die größte Rolle. Kämpfende Rivalen, meuternde Schiffsmannschaft, eine Explosion auf dem Schiff und „Ende gut, alles gut", das ist der Inhalt dieser Handlung, die immerhin konstruktiver erscheint, als sie ist. Der Wert dieses Filmes liegt, wie fast bei allen nordischen Filmen, an der geschickten Inszenierung der einzelnen Bilder. Doch auch die Darsteller lassen gute Leistungen erkennen. Leider wurden die Bilder in einem zu schnellen Tempo durch den Apparat gejagt. Die Leipziger Seidel-Sänger gastieren ebenfalls noch und appellieren in ihrem neuen Programm wenigstens nicht an die niedrigen, national-chauvinistischen Instinkte der Besucher, wie man es sonst von ihnen gewohnt ist. —z.

Volksbühne. Spielage: „Mutterlegende": 20. April (G); 27. April (S); 4. Mai (Z); 11. Mai (E). Die Mitglieder werden gebeten, die neunte Marke (ostenlos gegen Vorzeigen der regelmäßig gelieferten Mitgliedskarte in der Geschäftsstelle abzuholen. Die Einlösungstage müssen wegen der technischen Regelung unbedingt eingehalten werden (für H nach bis 20. April, für Z und E bis 25. April). Die Spielage für „Rodelinde" können wegen Erkrankung ist in einigen Tagen bekanntgegeben werden. Spielage für „Rigoletto": 22. April (Z); 2. Mai (E). Zu der Tanzmatinee „Der lebendige Tempel" von Heide Wosg am Sonntag, dem 26. April, ½12 Uhr vormittags, im Stadttheater werden Karten für Mitglieder der Volksbühne zu ermäßigten Preisen in der Geschäftsstelle, Brüderstraße 14, ausgegeben.

Stadttheater. Heute, Montag, 7½ Uhr „Mutterlegende". Dienstag und Freitag „Frauenliebe". Mittwoch 7½ Uhr „Rigoletto". Harriet Wuttkes, die von einem längeren Krankheitsurlaub zurückgekehrt ist, wird nunmehr die Gilda wieder singen. Donnerstag 7½ Uhr „Hoffmanns Erzählungen".

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019250420-12/fragment/page=0006